Freitag, den 7. Juli 1922.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

94. Jahrgang. — Nr. 156.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 35.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 105.— Mk., monatlich 35.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. - Sprechstunden der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. - Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streiks verursacht, erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung und Leistung von Schadenersatz. — Kostenlose Unfall-Unterstützung von 300 Mk. nach Maßgabe unserer Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 1,20 Mk., Familienanzeigen 1,00 Mk., Stellengesuche 80 Pfg.; außerhalb 1,50 Mk., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 8.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Beitreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Zur Etatwirtschaft der Reichsbahn.

Der Reichstagsabgeordnete Geh. Regierungsrat Dr. Quaatz hat an den Reichstag folgende Anfrage gerichtet:

Nach einer Mitteilung der Deutschen Allgem. Ztg. vom 21. Juni d. J. Nr. 282 soll in den Kreisen der alliierten Regierungen die Ansicht herrschen, daß der gegenwärtige Fehlbetrag der Eisenbahnverwaltung um mindestens neun Milliarden Mark verringert werden könnte, wenn ein Teil des geplanten Ausbaues des Eisenbahnnetzes, der als überflüssig bezeichnet werden könne, unter dem Zwange der wirtschaftlichen Lage vom Programm gestrichen würde. der Rest des Fehlbetrages könnte durch eine innere Anleihe gedeckt werden, bei der jedoch das Prinzip der jederzeit einlösbaren Schatzscheine streng zu vermeiden wäre, um einer weiteren Inflation vorzubeugen.

Wenn diese Mitteilung zutrifft, so zeigt sie, daß den alliierten Regierungen der Unterschied zwischen Betriebsausgaben und den Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes, die für werbende Anlagen ausgeworfen werden, nicht bekannt ist, und daß die Unkenntnis dieser grundlegenden Tatsache der deutschen Staatswirtschaft zu einem gefahrdrohenden Attentat auf das deutsche Transportsystem führen kann.

Trifft diese Zeitungsmeldung zu? Welche Schritte hat gegebenenfalls die Reichsregierung getan, um die alliierten Regierungen über die Sinnlosigkeit derartiger Sparmaßnahmen und die Bedeutung eines Ausbaues des deutschen Transportsystems für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aufzuklären?

Hat die Reichsregierung ferner die erforderlichen Schritte getan, um die alliierten Regierungen darüber aufzuklären, daß die Anforderungen des außerordentlichen Haushalts für die Ausgestaltung der Reichsbahn mit Rücksicht auf den ständig sinkenden Geldwert so gering sind, daß sie nicht hinreichen. um für die Erneuerung und Ergänzung der deutschen Eisenbahnen, die aus den Betriebsausgaben nicht mehr die erforderlichen Aufwendungen machen können, die nötige Sicherheit zu schaffen?

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei

ist vom Parteivorstand zur Besprechung der politischen Lage auf Sonntag, den 9. Juli 1922, vormittags 10 Uhr nach Berlin einberufen worden.

Eine neue Verhaftung.

Die „Thüringische Allgemeine Zeitung" meldet aus Gera-Reuß, bei einer Haussuchung beim Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbunde wurde eine Anzahl sehr kompromittierender Schriftstücke gefunden. Der Vorsitzende des Bundes, Postsekretär Fassa, wurde verhaftet. Bis jetzt wurde festgestellt, daß Gera die Zentrale für Thüringen ist. Ferner haben die vorgefundenen Schriftstücke ergeben, daß früher hochgestellte Persönlichkeiten das Unternehmen finanziell unterstützten.

Handgranatenanschläge auf Kattowitzer Zeitungen.

TU **Kattowitz, 6. Juli** Gegen die drei hiesigen deutschen Zeitungen „Kattowitzer Zeitung", „Volkswille" und „Ostdeutsche Morgenpost", wurden in der heutigen Nacht Handgranatenanschläge verübt. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zerschlagen und vieles Druckmaterial vernichtet. Gegen die Austrägerinnen der genannten Zeitungen macht sich der Polenterror ebenfalls bemerkbar. Die Austrägerinnen der deutschen Zeitungen werden auf den Straßen angehalten und verprügelt. Die Zeitungen werden ihnen abgenommen und vernichtet.

Aufgedecktes Spiel.

Von unserem Pariser Mitarbeiter.

Die Entlarvung Anspachs und seiner Beziehungen zu amtlichen Pariser Stellen hat nicht verfangen; das offizielle Frankreich hat sich ausgeschwiegen, und nur der so arg bloßgestellte Herr Lefebre, der grausliche Revanchemärchen-Erzähler der französischen Kammer, schüttelte seine Riesenblamage mit einem blassen und nichtssagenden Dementi ab. Jetzt ist aber glücklicherweise in München durch das Verfahren gegen den vielgewandten Freiherrn von Leoprechting das ganze schändliche Spiel der französischen Politik schonungslos vor aller Augen aufgedeckt worden, und was hierauf die Regierung Poincares antworten wird, deren Vertreter Dard das ausführende Organ ihrer Ränke und Gemeinheiten war, darf uns sicherlich brennend interessieren. Der moralische Hauptangeklagte im Münchener Prozeß war nicht zugleich der faktisch Angeklagte, sondern die französische Regierung; sie ist von heute ab ohne Billigung mildernder Umstände zu dauernder Ehrlosigkeit verdammt.

Nach den Enthüllungen des Münchener Landesverrats-Prozesses wird es Frankreich nun nicht mehr möglich sein, wie bisher die große Lüge von seinem loyalen und korrekten Verhalten Deutschland gegenüber aufrechtzuerhalten. Nachdem, was in diesem Prozesse an das Tageslicht befördert worden ist, vermag die französische Regierung nicht einmal mehr bei politischen Schwachköpfen Proselyten für ihre Rechtlichkeit zu machen. Es ist ihr einwandfrei nachgewiesen worden, daß sie unter der Schutzdecke üblicher diplomatischer Beziehungen die Zertrümmerung des deutschen Staates von innen heraus mit den verwerflichsten Mitteln angestrebt hat, bei welchem Beginnen sie leider auch die Hilfe ehrloser und pflichtvergessener Deutscher gefunden hat.

Es ist ein derartiger Abgrund der Falschheit und Hinterlist aufgedeckt worden, daß man sich im Augenblick keiner ähnlichen geschichtlichen Begebenheiten erinnern kann, die nichtswürdig genug wäre, an ihre Seite gestellt zu werden. Jeder Gauner erhält in seinen Strafverhandlungen eine gewisse relative Ehre und Ehrlichkeit aufrecht; das französische Rezept kennt auch diese nicht mehr, und Leoprechting mußte, zweifellos auf Anraten des famosen Herrn von Dard, der Reichsregierung Enthüllungen über angebliche Reparationsbestrebungen machen, bloß, um die Aufmerksamkeit der Behörden von sich und seinem Geldgeber abzulenken. Ueber alle Erwägungen hinaus muß es uns alle mit einem gewissen Triumphgefühl erfüllen, daß es endlich gelungen ist, französische Bübereien aufzudecken, deren Erfolg Deutschland politisch den letzten Rest hätte geben können.

Der erkannte Poincare.

Zu einem ganz unerwarteten heftigen Zwischenfall kam es in der französischen Kammer. Man sprach über eine Interpellation wegen der Freiheit der Presse und der öffentlichen Ordnung in Tunis und war auf keinen Zwischenfall gefaßt. Dieser aber brach plötzlich aus, als der Abgeordnete Wailer Conturier Poincare vorwarf, er sei am Kriege verantwortlich.

Dagegen erhob sich sofort im Block national ein Entrüstungssturm, aber Wailer Conturier bestand darauf, daß über seine Interpellation beraten würde. Entgegen der ursprünglichen Tagesordnung wird sich daher die Kammer mit der Kriegspolitik Poincares befassen müssen.

Ausschreitungen im Landtag.

Tätliche Angriffe unabhängiger Abgeordneter. — Ein Handgemenge!

Preußischer Landtag.

161. Sitzung vom 6. Juli.

Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über Uranträge aller Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen betreffend den

Schutz der Republik

verbunden mit einem

Amnestiegesetz

und einem Entwurf über die

Reform des Disziplinarrechtes für Beamte und Richter.

Abg. **Heilmann** (Soz.) erstattet den Ausschußbericht.

Abg. **Grzesinski** (Soz.) erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, rücksichtslos alles zur Erhaltung der jungen Republik erforderliche zu tun. Er bitte, auch die Schuldigen im Eisenbahnerstreik nicht von der Amnestie auszuschließen.

Abg. **Weißermel** (Dt. Natl.) bestreitet dem Ausschuß das Recht, aus eigener Initiative Gesetzentwürfe einzubringen. Wir haben mit Geheimorganisationen nichts zu tun. Durch die Amnestierung wird das Rechtsempfinden der Bevölkerung erschüttert, zumal auch Brandstiftungen und andere Straftaten darunter fallen sollen. Die Einbeziehung des Eisenbahnerstreiks in das Gesetz ist uns unverständlich, da das kein politischer Streik war.

Auch Abg. Dr. **Leidig** (Dt. Vpt.) warnt davor, aus der ersten Erregung heraus Gesetze zu schaffen. Staatskunst müsse mit warmem Herzen über kühlem Verstande getrieben werden. Seine Partei trete mit schwerem Herzen an dieses Gesetz heran. In kurzen Zeitabständen Amnestien auszusprechen, sei für die Autorität des Staates ungemein gefährlich. Gemeine Verbrecher dürften nicht amnestiert werden. Aber seine Partei wolle diesmal den politischen Verbrechern noch einmal Gnade gewähren, wenngleich sie Bedenken gegen die Einbeziehung des Eisenbahnerstreiks habe. Daß ein Staatsbeamter nicht öffentlich gegen die Republik auftreten dürfe, sei selbstverständlich. Im übrigen bitter Redner, die Zustimmung zu den Gesetzen hinauszuschieben, bis die Reichsgesetzgebung über diese Punkte feststehe.

Abg. Dr. **Preuß** (Dem.) widerspricht der Annahme, als ob es sich hier um Bestimmungen handle, die in der Erregung erlassen seien. Die Straffreiheit sollte auf den Eisenbahnerstreik nicht ausgedehnt werden, weil dieser nicht zum Schutze der Republik unternommen wurde, sondern nur eine schwere Erschütterung der bestehenden Staatsform bedeute.

Abg. **Neumann**-Ratibor (Ztr.) stimmt dem Gesetz zu, jedoch mit der Aenderung, daß gegen Beamte eingeschritten werden muß, wenn sie „aufreizend und gehässig" gegen die Republik auftreten, anstatt „agitatorisch und demonstrativ", wie es im Entwurf stehe.

Abg. **Leid** (U. S.): Es sollte zunächst einmal unter den monarchistischen Ministern aufgeräumt werden und die schlimmsten Dunkelmänner in den Provinzialschulkollegien beseitigt werden, die keine sozialistischen oder republikanischen Lehrer berufen.

Abg. **Dahlen** (Kom.) fordert Aufklärung vom Minister Severing, ob sich das Gesetz auch gegen links richten solle, wie es der Abg. Preuß als selbstverständlich ansehe.

Abg. **Deerberg** (Dt. Natl.): Unsere Partei steht unerschüttert, weil sie das Gefühl hat, daß sie an dem Morde Rathenaus, der von jungen unreifen Burschen verübt wurde, weder direkt noch indirekt beteiligt ist. (Stürmischer Lärm links.) Durch Ausnahmegesetz wird aber das Gegenteil von dem Erstrebten erreicht. Diese Angstgesetzgebung entspricht nicht dem Geist und dem Andenken Rathenaus. (Ungeheurer Lärm auf der Linken, in dem die Schlußworte des Redners untergehen.)

Minister **Severing** gibt dem Wunsche Ausdruck, daß das Disziplinarrecht unverändert Gesetz werde. Hier handle es sich nicht um die Unbesonnenheit einiger junger Fanatiker, sondern um Mordbanden und solche, die diese bezahlen. Im Falle Harden hat der Täter bereits einen Teil des ihm gebotenen Geldes erhalten. Wir haben den Geldgeber, der mehreren rechtsgerichteten Organisationen angehört. Mit diesen Organisationen müssen wir aufräumen. Vor Angst wird das Gesetz nicht geschaffen. Angst kennen wir nicht. Täglich bekommen wir Drohbriefe, trotzdem handeln wir, wie es notwendig ist.

Abg. **Kuttner** (Soz.): Ihm seien drei Fälle bekannt, in denen der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Hennig Geld an reaktionäre Geheimorganisationen oder Flüchtlinge gegeben habe. Auch Abg. Hermann Fredersdorf gebe an Geheimorganisationen Geld.

Damit schließt die Besprechung.

Nach Schluß der allgemeinen Aussprache tritt der deutschnationale

Abg **Hermann Fredersdorf** die Rednertribüne zu einer persönlichen Bemerkung. Sofort erfolgen von der äußersten Linken unaufhörliche Schlußrufe. Kommunistische und unabhängige Abgeordnete drängen sich auf die Rednertribüne und von rechts kommen deutschnationale Abgeordnete, an der Spitze der deutschnationale Abgeordnete Rippel, die sich schützend um den Redner stellen. Ungeheurer Lärm entsteht. Die Stimme des Redners ist nicht zu vernehmen, ein von einem Abgeordneten

geworfenes Aktenbündel trifft den Redner ins Gesicht,

ein anderes einen Stenographen an den Kopf. In diesem Augenblick dringen Abg. Clausner und andere unabhängige Abgeordnete vor und

schlagen auf den deutschnationalen Abgeordneten Conrad ein,

der bis zur Ministerbank zurücktaumelt. Ein allgemeines

Handgemenge

schließt sich an. Der Abg. Hermann Fredersdorf bricht seine formulierte Erklärung ab und übergibt das Manuskript dem Präsidenten Leinert. Dieser übernimmt es. Nach wenigen Minuten greift ein Kommunist auf den Präsidententisch, nimmt das Manuskript, zerreißt es und wirft es in einzelne Fetzen gegen den Präsidenten. Dieser verläßt, da die Ruhe nicht herzustellen ist, den Saal. Die Sitzung ist unterbrochen. Nach einigen Minuten berief Präsident Leinert den Aeltestenrat zu einer sofortigen Sitzung zusammen

Gegen ½7 Uhr eröffnet

Präsident **Leinert** die Sitzung wieder und teilt mit, der Aeltestenrat hat sich mit den letzten Vorgängen beschäftigt. An alle Parteien gehe die Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Autorität des Präsidenten, ganz gleichgültig, welcher amtiere, gestärkt werde und daß seinen Anordnungen Folge geleistet werde, sonst sei es nicht möglich, die parlamentarische Tätigkeit weiterzuführen. (Lebh. Zustimmung.) Infolgedessen sei an die Fraktionen das Ersuchen gerichtet, bei ihren Mitgliedern darauf hinzuwirken, daß geordnete Verhandlungen im Landtag möglich seien. (Zuruf: Zwecklos.) Der Aeltestenrat schlage Vertagung vor.

Abg. Dr. **Meyer-Ostpreußen** (Kom.) beantragt weiter zu tagen.

Die Vertagung wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Teuerungszuschüsse zu den Notar- und Gerichtskosten, Mittelschullehrergehälter und Fortsetzung des Republik-Schutzgesetzes.)

Der Schutz der Republik.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf zum Schutz der Republik einem Ausschuß überwiesen. Es kommt darauf an, was dieser daraus macht, insbesondere, ob er ihm die Widerhaken eines Kampfgesetzes gegen die nichtsozialistischen Parteien nimmt. Die Dinge liegen nicht so, daß nicht nur die Deutschnationalen durch die Handhabung im parteipolitischen Sinne verfolgt werden können, vielmehr ist diese Verfolgung aller anderen, nichtsozialistischen Parteien möglich, zumal dann,, wenn die Ausführung verwaltungsrechtlich ungeschulten Köpfen übertragen wird. So wie das Gesetz heute geformt ist, vermag künftig jeder Landrat, jeder Regierungspräsident, der sich seine Sporen als sozialistischer Parteibeamter verdient hat, den nichtsozialistischen Parteien überhaupt jede Werbetätigkeit zu verbieten. Weiter kommt hinzu, daß die Kundgebungen am 4. Juli nichts weniger als einen überwältigenden Eindruck hinterlassen haben.

Der „Vorwärts" schwindelt, wenn er behauptet, daß 700 000 Personen an der Berliner Kundgebung teilgenommen hätten. In seinem Uebereifer zählt er die Neugierigen mit, ferner die Hunderttausende, die ihren Weg von der Arbeitsstätte zu Fuß zurücklegen mußten und dabei auch die Straßen durcheilten, in denen die Sozialisten aufmarschiert waren. Viel größer war aber die Zahl der Berliner, die nicht an den Kundgebungen teilnahmen, die im Süden und Osten zu Hunderttausenden nach Hause gingen, weil alle Verkehrsmittel stillgelegt werden.

Heiterkeit aber muß erregen, daß der „Vorwärts" die Protzen des Kurfürstendamms in Angst und Zittern geraten läßt, obschon der „Vorwärts" wissen muß, daß gerade am Kurfürstendamm nicht Rechtsparteiler wohnen, sondern ganz andere Leute, darunter auch Kommunisten und Sozialisten, die über Zwanzig-Zimmer-Wohnungen verfügen. Im Haus Brandenburg am Kurfürstendamm, nebenbei bemerkt der stolzeste Wohnpalast des Berliner Westens, haust in einer fürstlich eingerichteten Wohnung der kommunistische Abgeordnete Herzfeld.

Die Schilder mit Inschriften, die in den Zügen mitgetragen wurden, verrieten mehrfach, daß es mit dem einfachsten politischen Verständnis der Urheber nicht weit her sein kann. So wurde verlangt, daß alle Steuern zu Lasten der Kapitalisten gehen sollten, ohne daß der Wirrkopf, der die Inschrift ausgeheckt hatte, sich Gedanken darüber gemacht hat, wo in einer sozialistisch-kommunistischen Republik die Kapitalisten herkommen sollen. Ohne Steuern wird es dann auch nicht gehen, da der Regierungsapparat jedenfalls gut mit Oel geschmiert sein muß. Soweit es sich um eine nichtsozialistische Republik handelt, können die Kapitalisten auch nur einmal zur Ader gelassen werden, dann nicht mehr, weil neues Kapital sich nicht selbsttätig, sondern nur durch überlegene Wirtschaftsführung bildet. Weiter häufen sich die Meldungen aus dem Reiche, daß es an verschiedenen Orten zu schweren Ausschreitungen gekommen ist, wobei selbst die Berichte des „Vorwärts" zugeben müssen, daß die Angreifer durchweg kommunistische und andere linksradikalen Elemente waren. Trotzdem überschreibt der „Vorwärts" diese Nachrichten mit der fetten und dicken Unwahrheit: Deutschnationale schießen auf Demonstranten. Soll durch diese wahnwitzige Hetze Beruhigung erzielt werden oder ist es der Zweck der Uebung, die Massen wirklich erst aufzupeitschen?

Stellen wir da einmal fest, daß es nur ein geringer Bruchteil des deutschen Volkes gewesen ist, der am 4. Juli den Losungen der sozialistischen und kommunistischen Führer gefolgt ist. Losungen hinauszugeben, ist kein Kunststück. Die Leitung eines kleinen Betriebes erfordert mehr Gehirnschmalz, als die Erzeugung von Losungen. In den Reichstagsverhandlungen hat der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, von der Gefahr gesprochen, vor der Staat und Wirtschaft stünden. Der sozialdemokratische Parteiredner hat noch ein übriges getan und auch auf den Sturz der Mark hingewiesen. Daß gegen die feigen Mörder mit aller Schärfe vorgegangen wird und werden muß, darüber herrscht Einverständnis. Aber das darf nicht zu einer Verwischung der Grenzen führen, innerhalb deren der Schutz des Staates notwendig ist. Zu diesem Schutz gehört nicht, daß die sozialistische und kommunistische Presse Schimpffreiheit genießen, daß sie anderen Parteien anpöbeln dürfen, in dem Ton, den einmal einer ihrer Führer sehr sachverständig Sauherdenton genannt hat. Was die sozialistische Presse sich an Verhetzung

leistet, in diesen Tagen besonders geleistet hat, das stellt alles in den Schatten, was jemals in der verfehmten Rechtspresse gestanden hat. Ist es darum keine Verhetzung, wenn das nach links wirkt, zumal auch hier die Folgen in der Form von Gewalttätigkeiten nicht ausgeblieben sind? Soll das Schutzgesetz mehr sein als ein Ausnahmegesetz, soll es Ausschreitungen, Verhetzungen, Verleumdungen und Beschimpfungen verhindern, dann muß es gegen jeden, der gegen die Grundgesetze der Volksgemeinschaft verstößt, Anwendung finden.

Der frühere Sozialdemokrat Kloth kommt vor den Staatsgerichtshof, weil er den unabhängigen Führer Breitscheid, der auch einmal Minister war, beleidigt haben soll. Wenn die „Freiheit" und andere sozialistischen Organe Hindenburg einen Massenmörder und Tapergreis nennen, so ist das weder eine Verhetzung, noch eine Verleumdung. Es genügt, diese Tatsachen gegenüberzustellen, um zu zeigen, daß nicht eine Klärung und Festigung, sondern eine Verwirrung der Rechtsbegriffe droht. Warum versucht der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, der ein geistig hochgebildeter Mann ist, nicht wenigstens auf die sozialdemokratische Presse einzuwirken? Volks- und Schicksalsgemeinschaft, die wir brauchen, wird sich sonst durch Ausnahmegesetze erst recht nicht erzwingen lassen.

Ein Ultimatum an die Russen?

TU. **Haag**, 6. Juli. Der Berichterstatter des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" teilt mit, daß man in gewissen Konferenzkreisen ein Ultimatum oder dergleichen an die russische Abordnung als nicht ausgeschlossen betrachte. Jedenfalls erwarte man, da die Besprechungen über die Kredithilfe bisher zu keinem Ergebnis geführt haben, seitens der russischen Delegation eine Anfrage betreffend die Kreditangelegenheit. Der Berichterstatter fügte hinzu, daß man auf dieser Seite wieder mit der Möglichkeit neuer Ueberraschungen bezüglich weiterer Verträge rechne. Diese Gerüchte haben hier jedoch so gut wie keinen Eindruck gemacht.

Ein Putsch in Rio de Janeiro.

Nach einer Havasmeldung aus Rio de Janeiro hat in der Nacht zum 5. Juli ein Putsch stattgefunden. Er sei sofort unterdrückt worden. Die Regierung, die durch den größten Teil der Land- und Seestreitkräfte unterstützt werde, sei Herr der Lage. Die Bevölkerung habe sich ruhig verhalten. Der Verkehr in der Stadt sei normal.

Kleine Nachrichten.

TU. **Koblenz**, 6. Juli. In einem Trierer Krankenhaus wurde ein Mann verhaftet, der sofort nach Berlin überführt wurde. Nach der „Trierer Zeitung" soll die Verhaftung mit dem Attentat auf Scheidemann in Verbindung stehen.

TU. **Frankfurt**, 6. Juli. Die in Paris verstorbene Baronesse Salomon von Rothschild hat ihrer Vaterstadt Frankfurt am Main letztwillig einen Betrag von 500 000 Franken, das sind nach der heutigen Währung etwa 18 Millionen Mark aus ihrem Nachlaß für die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt zur Verfügung gestellt und außerdem einige hervorragende Wertstücke und Silbergegenstände dem städtischen Kunstinstitut überwiesen. Außer der Stadt Frankfurt sind die Rothschild'sche Bibliothek mit 50 000 und das Karolinum mit 25 000 Franken bedacht worden.

TU. **Hamburg**, 6. Juli. Bei der Brandkatastrophe in den Norddeutschen Spritwerken sind zwei Menschenleben zu beklagen, nämlich ein Angestellter des Werkes und ein Feuerwehrmann. Außerdem erlitten durch den Umsturz einer Wand acht Feuerwehrleute schwere Verletzungen. Ungeheure Mengen Sprit sind verbrannt, und ebenso ungeheure Mengen mußten abgelassen werden, um die Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Als Ursache des Brandes wird Kurzschluß angegeben. Die Höhe des Schadens ist noch nicht abzuschätzen. An Sprit allein sind mindestens 50 Millionen Mark Verluste zu verzeichnen. Zur Zeit hat die Feuerwehr das Feuer in der Gewalt.

Stürmische Interpellationsbesprechungen.

Deutscher Reichstag.

245. Sitzung vom 6. Juli.

Auf der Tagesordnung stehen vier

Interpellationen,

die sich gegen antirevolutionäre Kundgebungen richten.

Abg. Dr. **Moser** (Unabh.) begründet die unabhängig-sozialdemokratische Interpellation: Seit 1918 habe sich ein politischer Mord an den anderen gereiht und immer wieder zeigt sich, daß zu den Helfern der Mörder der Offizier und der Student gehören. Als schuldig müssen alle diejenigen gehalten werden, die leibhaftig oder geistig mit den Mördern in Verbindung stehen.

Darauf wird die Aussprache durch die Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung,

Neubildung von Ländern durch Volksabstimmung.

unterbrochen. Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

Abg. **Vogel-Franken** (Soz.) begründet dann die mehrheitssozialistische Interpellation gegen die Regimentsfeiern. Der bayerische Innenminister habe angeordnet, daß ihm von allen Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vor ihrer Ausführung Mitteilung zu machen sei. (Hört, hört, links.) Das könne zur Folge haben, daß Mörder gewarnt würden.

Reichsjustizminister Dr. **Radbruch** erklärt, von einem amtlichen Erlaß des bayerischen Innenministers bezüglich Informierung bezüglich der Maßnahmen auf Grund der neuen Verordnung sei hier nichts bekannt. Er würde im Gegensatz zur Rechtslage stehen.

Major **Schleicher** antwortet in Vertretung des erkrankten Reichswehrministers Dr. Geßler auf die Angriffe gegen die Reichswehr. Er erklärte, daß er nicht zu den einzelnen Vorfällen Stellung nehmen könne, die sich im Uebrigen aber anders zugetragen hätten, als hier dargestellt worden sei. Die Beteiligung der Reichswehr an der Hindenburgfeier in Königsberg sei vom Reichswehrministerium genehmigt worden. Die Reichswehr hielt sich genau an die Vereinbarungen, ein Demonstrationszug aber nicht, sodaß es zu Zusammenstößen kam. Die Truppen wurden zur Notwehr gezwungen. Die Gedenkfeiern sind fast durchweg ruhig verlaufen. Das Recht der Meinungsfreiheit muß auch weiter bestehen. Wenn man die schwarz-weiß-rote Fahne verbieten will, dann dürfe man auch die rote Fahne mit dem Sowjetstern nicht gestatten. Die Regimentsfeiern sind keine monarchistischen Kundgebungen. (Lärm links und Zuruf: Freche Lüge. Ordnungsruf.) Gegen Taktlosigkeiten wird eingeschritten.

Innenminister Dr. **Köster** beantwortet die Interpellation über die Selbstschutzorganisationen. Die Organisation Roßbach und Oberland sind schon früher aufgelöst worden. Der preußische Innenminister hat den Berliner Selbstschutz, den Verband Alpenland und das Hallesche Korps, ebenso den Verein schlesischer Landwirte, der eine Fortsetzung von Roßbach war, verboten. Das Freikorps Oberland habe sich in München wieder aufgetan. Der Breslauer Staatsanwalt verlangte die Auflösung, die aber von der Münchener Behörde abgelehnt wurde. Nach der neuen Verordnung werden die weiteren Schritte unternommen werden. Der Minister zählt dann die rechtsgerichteten Organisationen auf, die aufgelöst worden sind und die ihrerseits gegen eine Auflösung protestiert haben. Die Regierung wird handeln. Ob ihre Mittel ausreichen, um den geheimen Vereinen ernsthaft zu Leibe zu gehen, werde die Zukunft zeigen. Das Reichskriminalgesetz sei dem Reichsrat bereits zugegangen.

Die Besprechung der Interpellationen wird beschlossen.

Abg. **Cuno** (D. Vpt.) schildert die Vorgänge in Ostpreußen und besonders in Königsberg und rechtfertigt das Verhalten der Reichswehr. Der Erlaß der Regierung gegen die Feiern sei eine unerhörte Maßnahme. Man solle das deutsche Volksempfinden doch nicht töten. Die Angriffe in Königsberg durch die Linksradikalen fanden aus dem Hinterhalt statt. Die Reichswehr habe gar keine geladenen Gewehre gehabt. Hindenburg habe dafür gesorgt, daß nicht eine rote Armee, sondern ein wohlgeordnetes Heer in die Heimat zurückkam. Daher der Haß der Kommunisten. Schämen sollten wir uns vor dem Ausland! (Lebhafter Beifall rechts. Händeklatschen auf der Tribüne. Lärm links. Die Abgeordneten der Linken verlangen sofortige Räumung der Tribünen. Anhaltender großer Lärm, erregte Zurufe von links und rechts. Vizepräsident Dr. Bell ordnet schließlich an, daß drei Herren, die den Beifall gespendet haben, von der Tribüne entfernt werden. Nur allmählich tritt wieder Ruhe ein.) Der Redner schließt mit der Erklärung, daß man trotz aller Bilderstürmereien Hindenburgs Bild aus dem Herzen des deutschen Volkes niemals werde entfernen können. (Beifall rechts.)

Abg. **Hensel-Ostpreußen** (Dntl.) erklärt, mit den Leuten, die der Ermordung Liebknechts angeschuldigt seien, hätten die Deutschnationalen nichts zu tun. Die deutschnationale Parteileitung habe angeordnet, daß alle Mitglieder, die einer verbotenen Organisation angehören, auszuschließen seien. Hindenburg sollte als Retter des Deutschtums gefeiert werden. Auch von der Linken. (Lachen links.) Der Königsberger Polizeipräsident sei nicht frei von Schuld, auch die Regierung nicht. Redner verweist auf die Zwischenfälle in verschiedenen Orten und erklärt, das Bürgertum werde sich nicht wehrlos abschlachten lassen. (Großer Lärm links.) Ohne Selbstschutz und Reichswehr hätten wir längst die Anarchie. Unser Heer habe sich unvergänglichen Ruhm erworben. Das lassen wir uns nicht aus dem Herzen reißen. (Zustimmung rechts, Gelächter links.) Sie von der Linken müssen sich schämen, daß sie unserem Heer in den Rücken gefallen sind. (Großer tobender Lärm auf der Linken. Die sozialistischen Abgeordneten springen von den Bänken auf und erheben drohend die Fäuste. Wilde Rufe: Schuft, Schurke, frecher Hund, Bluthund werden laut. Minutenlanger tosender Lärm. Der Präsident übergibt schließlich die Glocke einem Diener und verläßt den Saal, nachdem er mitgeteilt hat, daß die Sitzung für eine Viertelstunde unterbrochen ist. Der Lärm dauert noch lange an.

Um ¼7 Uhr eröffnet Präsident Leinert wiederum die Sitzung. Er teilt mit, daß der Abg. Hensel erklärt habe, daß er sich für seine Behauptungen berufen wollte auf Aeußerungen des unabhängigen Stadtverordneten Vater-Magdeburg. (Großer Lärm links.) Er sei der Auffassung, daß sich Vater selber zu dieser Beschuldigung bekannt habe. (Erneuter stürmischer Widerspruch links.) Als der Präsident darauf dem Abg. Hensel das Wort zur Fortsetzung seiner Rede erteilt, erhebt sich stürmischer Widerspruch, sodaß der Präsident die Sitzung aufhebt.

Nächste Sitzung Freitag 4 Uhr. Weiterberatung.

Soziales Leben.

Bauarbeiterbewegung in der Industrie.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter schreibt uns:: Seit Jahren erheben die organisierten Bauarbeiter, die auf den industriellen Werken beschäftigt sind, die Forderung, daß ihnen derselbe Stundenlohn gezahlt wird, der für ihre Kollegen im Privatbaugewerbe tariflich feststeht. Die Firma Krupp hat vor einigen Jahren diese Forderung, soweit die Arbeiter der Bauabteilung in Betracht kommen, erfüllt und einige andere Firmen zahlen ebenfalls, seit einigen Jahren, ihren Bauarbeitern den Tariflohn des Hochbaugewerbes. Durch Schreiben vom 23. Mai d. J. ließen die in Betracht kommenden Bauarbeiter der nordwestlichen Gruppe (Vereinigung der Industriellen) erneut die Forderung unterbreiten, allen auf den industriellen Werken beschäftigten Bauarbeitern den Tariflohn des Hochbaugewerbes zu zahlen. Durch Schreiben vom 9. Juni lehnte die nordwestliche Gruppe die Forderung der Bauarbeiter ab; erklärte sich aber bereit, soweit auf den Werken Bauabteilungen in Betracht kämen, bei Neubauten den Tariflohn des Hochbaugewerbes zu zahlen. Hierauf ließen die Arbeiter am 15. Juni durch ihre Organisationsvertreter ihre Kündigung zum 1. Juli einreichen. Am 29. Juni fand schließlich eine Verhandlung zwischen den Parteien statt, welche ergebnislos verlief, weil die Vertreter der Industrie die Forderung der Bauarbeiter restlos ablehnten.

Aus diesem Grunde stellten die Baufacharbeiter auf den industriellen Werken in Bochum, Dortmund, Hörde, Hattingen, Hamm und Gelsenkirchen am 1. Juli die Arbeit ein. Am 5. Juli fand unter Leitung des Reichs und Staatskommissars zu Dortmund, eine Einigungsverhandlung statt, die abermals ergebnislos verlief, weil die Industrievertreter die Forderung der Arbeiter ablehnten und erklärten, nicht autorisiert zu sein, ein Angebot zu machen.

Gleich nach dieser Verhandlung nahm eine Vertreterkonferenz der Bauarbeiter zu dem Ergebnis der Verhandlung Stellung. Es wurde festgestellt, daß bisher die dringendsten Notstandsarbeiten verrichtet worden sind. Die Industriellen haben anderseits ihren Bauarbeitern, trotzdem sie durch ihre Organisation ihr Arbeitsverhältnis gekündigt hatten, eine Vertragsbruchstrafe abgehalten und haben eine Anzahl Privatunternehmer veranlaßt, ihre Arbeiter, die an dieser Bewegung gar und ganz nicht beteiligt sind, sofort auszusperren. Daher wurde beschlossen, von jetzt ab die dringenden Notstandsarbeiten nur dann weiter zu verrichten, wenn den streikenden Bauarbeitern die zu Unrecht abgezogene Vertragsbruchstrafe ausgezahlt wird und wenn anderseits die Privatunternehmer, welche gezwungen wurden, ihre Arbeiter auszusperren, verpflichtet werden, ihre ausgesperrten Arbeiter wieder einzustellen.

Hoffentlich tragen beide Parteien dazu bei, daß der Kampf nicht noch verschärft wird, denn das würde dazu führen, daß innerhalb einiger Tage viele Tausende von Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen werden.

Soweit die Ausführungen des Zentralverbandes. Aus Arbeitgeberkreisen wird uns dazu mitgeteilt:

Die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe haben eine Vertragsbruchstrafe abgehalten, weil sie die Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch die Organisation der Bauarbeiter nicht anerkennen können. Eine Organisation kann für ihre Angestellten nicht kündigen, wie auch eine Einstellung von Arbeitern nicht durch die Organisation erfolgen kann. Die Arbeitgeber betrachten somit die Arbeiter, die mit dem 1. Juli ihre Arbeitsstelle verlassen haben, als kontraktbrüchig und halten sich zur Einbehaltung der Vertragsbruchstrafe für berechtigt.

Kunst und Wissen.

b. **Albert von Monaco als Naturforscher.** Der verstorbene Fürst Albert von Monaco hat sich bedeutende Verdienste als Seefahrer und Meeresforscher erworben. Schon früh hat er als spanischer Schiffsleutnant die See kennen gelernt, und nach fast 20 Jahren Seemannsleben hat er dann seine Erinnerungen in dem Buche „Carriere d'un navigateur" niedergelegt. Auf mehreren tausend Kreuz- und Querfahrten zwischen den Küstenge-

Die blaue Spur.

Detektivroman von Julius Regis.

Aus dem Schwedischen übersetzt von E. v. Kraatz.

Copyright 1917 by Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.

wässern der blühenden Riviera, der lachenden Cote d'azur, durch den nördlichen Atlantischen Ozean bis zur starrenden Einöde des Nordlandes hat der Fürst ernste Arbeit durch Ergründung der Untersee bis zu sechs Kilometern und darüber geleistet. Er hat ingeniöse Fangapparate konstruiert, die vorher unbekannt gewesene Tiere, Schlamm- und Gesteinproben mit mathematischer Zuverlässigkeit aus jeder beliebigen Tiefe hervorholten. Er hat zur Lösung des Golfstromproblems beigetragen und ist stets eingedenk geblieben, daß der Wissenschaft oberster Zweck ist: dem Leben zu dienen. „Dichter," ruft er in seiner „Carriere d'un navigateur", „die ihr die Wunder der Welt besingt, Geschäftsleute im Taumel der Interessen, Lebemänner, die nichts unter den Sternen sonderbar finden, verlaßt einen Augenblick die Schimäre, die ihr verfolgt, und vertraut euch meiner Führung an! Ich will vom großartigsten Schauspiel reden, das eure Seele in der Melancholie der Wirklichkeit heimsuchen kann. Auf dem Grunde des Meeres gibt es ungeheure Ebenen, die die Kontinente trennen, wo das Leben zuerst erschien und wo die erste Leiche ihre Ruhe fand. Kommt, ich kenne sie, weil ich hier ein Werk geschaffen habe, das uns langsam den Schleier von den versunkenen Mysterien wegzieht und das geheime Geständnis der Jahrtausende ahnen läßt. Das ist eine unermeßliche Metropole, worin sich die Reste der Meeresbewohner mit den Landwesen vermischen, die die Flüsse vom Festlande herbeigetragen haben, mit den Wesen, die die Zufälle der Wanderungen durch den Weltraum auf ihrem Wege angehalten haben, mit denen, die der geschäftige Menschengeist über die ganze Erdkugel zerstreut. Hier versammeln sie sich, wenn die einen wie die anderen im Tode ihre Kämpfe und ihre Zärtlichkeit geendet haben. Am Fuße der Gebirge, die aus diesen schwarzen Abgründen aufsteigen, die flüssigen Schichten durchbrechen und ihre Gipfel bis zu den lichtvergoldeten Wolken erheben, tief unter den blauen Wogen, die im Scheine der Sonne erglänzen und ein Echo der irdischen Geräusche vernehmen, liegt ein Urgrund von rotem Schlamm, ein vom Staub der Toten gebildeter Teppich, der seine Unendlichkeit nach allen Seiten ausbreitet. Kleine und große, beständige oder aufblickende phosphoreszierende Lichter wandeln umher, getragen von Wesen, die sich der letzten Strahlen der erloschenen Gestirne bemächtigt zu haben scheinen."

* **Radiumfunde in Turkestan.** Einem Funkspruch zufolge meldet „Daily Telegraph", daß in Turkestan im Tale von Ferghana ein Radiumvorkommen entdeckt worden ist.

* **Die Rembrandt-Mühle in Gefahr.** Nach Mitteilung der holländischen Zeitschrift „De Kampion" soll die Mühle bei Hazerswonde am Rhein, in der Rembrandt das Licht der Welt erblickte, abgebrochen werden. Da die Flügel bereits verkauft sind, ruft das Blatt zur Erhaltung dieses Denkmals für die kommenden Geschlechter auf — ebenso wie das Rembrandt-Haus in der Joedenbreestraat zu Amsterdam als nationales Denkmal gepflegt wird.

Aus den Provinzen.

nbl. **Gelsenkirchen,** 6. Juli. Kreisverband evang. Arbeitervereine Gelsenkirchen. Eine Vorständekonferenz des geschäftsführenden Vorstandes des Kreisverbandes evang. Arbeitervereine Gelsenkirchen und der evang. Volksvereine Gelsenkirchen I und Schalke beschloß u. a., das diesjährige Kreisverbandsfest am 16. und 17. September gemeinsam mit den 40jährigen Jubelfeiern der beiden zuletzt genannten Vereine in größerem Maßstab zu feiern.

nbl. **Recklinghausen,** 6. Juli. Ueber eine traurige Heimkehr berichtet ein Leser der „Recklinghauser Zeitung". Danach sah dieser vor einigen Abenden gegen 11 Uhr einen fremden Mann vor einer Haustür an der Schulstraße im benachbarten Disteln stehen und erfuhr von ihm, daß der Mann vor acht Jahren, am 4. August 1914 in diesem Hause seine Frau und seine vier Kinder zurückgelassen habe. Im weitern Verlauf der Unterredung stellte sich heraus, daß der Fremdling, der in Rußland in Gefangenschaft gewesen war, nach allen Seiten Briefe geschrieben habe, ohne jemals Antwort zu erhalten. Vor kurzem habe er vom Pfarramt in Lemgo einen Brief erhalten, in dem mitgeteilt wurde, daß die Frau von Disteln verzogen sei und beabsichtige, sich wieder zu verheiraten. Nach eingezogenen Erkundigungen des betr. Pfarrers über den Verbleib des Mannes mußte noch mit dessen Leben gerechnet werden und bald danach kam auch ein Schreiben des Mannes bei dem Pfarrer an. Wie der betr. Leser der „R. Z." weiter mitteilt, hatte die Frau des Verschollenen mit einem andern Manne ein sträfliches Verhältnis unterhalten, sie sei dann nach Lemgo verzogen, aus Scham vor ihren Angehörigen. So fand dann ihr heimgekehrter Gatte, der sich nach siebenjähriger Gefangenschaft in Rußland unter größten Anstrengungen nach seiner Heimat durchgeschlagen hatte, niemand mehr vor!

TBO. **Hörde,** 6. Juli. Straßenumtaufe. Die Stadtverordneten haben gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Umbenennung von 20 Straßen beschlossen. Unter den neuen Straßen befinden sich Rathenau-, Erzberger-, Karl Liebknecht-, Rosa Luxemburg- und sogar eine Max Hölz-Straße.

nbl. **Lüdinghausen,** 6. Juli. Todessturz beim Zusammenstoß zweier Radfahrer. Als zwei Schulknaben gemeinschaftlich auf einem Fahrrad die Landstraße in der Bauerschaft Tetekum entlang fuhren, kam ihnen an einer abschüssigen Stelle ein anderer Radfahrer entgegen. Da die Knaben nicht rechtzeitig ausweichen konnten, kam es zu einem Zusammenstoß, wobei der 14 Jahre alte Schüler Heinrich Schürmann aus Tetekum bei dem wuchtigen Anprall vom Rad geschleudert wurde, eine Gehirnerschütterung davontrug und nach kurzer Zeit starb.

TBO. **Bad Pyrmont,** 6. Juli. Raubmord. Der Tuchhändler Fleck, der sich mit seiner Tochter auf dem Heimwege befand, wurde kurz vor Mitternacht von zwei Männern, die ihm aufgelauert hatten, überfallen und durch sechs Revolverschüsse niedergestreckt. Er starb bald nachher. Die Täter raubten ihrem Opfer die Brieftasche und mehrere Schlüssel. Sie sind unerkannt entkommen.

TBO. **Düsseldorf,** 6. Juli. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat die Umbenennung mehrere Straßen beantragt; die Ludendorffstraße soll Rathenaustraße, der Hindenburgwall Erzbergerwall genannt werden.

Vermischtes.

d. **Ausgrabungen in Aegypten.** Bei den Ausgrabungen, welche die Archäologen des Metropolitan-Museums of Art in Newyork im letzten Winter im Niltal vorgenommen haben, wurde, wie die „Umschau in Wissenschaft und Technik", Frankfurt a. M., mitteilt, in der Umgegend von Theben ein sehr alter Tempel freigelegt, der aus der Zeit der zweiten Dynastie des Alten Reiches stammt. Zwei Brunnenöffnungen standen mit zwei unterirdischen Grabkammern in Verbindung, in denen sich die Sarkophage zweier Prinzessinnen, Nashait und Mait, befanden, die, wie die Grabinschriften besagen, die „Perlen" des Harems eines mächtigen Pharao, Mentuhotep, waren, der 3000 Jahre vor Beginn unserer Zeitrechnung lebte. Die Wände im Grab der Nashait sind an beiden Seiten mit Malereien geschmückt, welche Szenen aus dem Leben der königlichen Favoritin darstellen. Die Innenseite des Sargdeckels zeigt die Zeichnung eines astrologischen Kalenders, die Wäsche der Prinzessin trägt ihren Namenszug in hieroglyphischen Schriftzeichen.

tk. **Der Filmphotograph beim Flug um die Erde.** Wie wir dem „Tägl. Korr." entnehmen, hat bei dem Flug um die Erde der Oberleutnant Broome die Führung des Flugzeuges zeitweise abgegeben; er ist vorausgereist, um die nötigen Vorräte an den Zwischenhaltepunkten zu besorgen und vor allem Bugsierboote in jene Gegenden zu schaffen, wo sonst kein Schiffsverkehr stattfindet, damit im Falle der Not doch Hilfe in der Nähe ist. Seinen Platz als Lenker nimmt nun der Filmphotograph Malins ein, der von seinen Sommeschlachtbildern bekannt ist. Malins wird gleichzeitig Filmaufnahmen von den überflogenen Ländern und Meeren machen und das Flugzeug lenken. Der Leiter des Rundfluges Major Blake wie der vorausgereiste Oberstleutnant Broome sind vom Gelingen der Sache überzeugt. Broome will in Halifax wieder an Bord des Flugzeuges gehen, das ja noch genügend Raum für Mitreisende hat.

* **Ameisengefahr in London.** Ein furchtbarer Feind droht London, die argentinische Ameise, die mit Bananen und Tomaten aus Madeira eingeschleppt wurde, sich infolge des vorigen heißen Sommers und der diesjährigen Hitze rasch vermehrt hat und nun in großen Schwärmen die Londoner Wohnungen belagert. Die argentinische Ameise frißt alles, was ihr in den Weg kommt; sie tötet sogar Kinder, indem sie in das Ohr schlafender Säuglinge dringt, das Trommelfell durchbeißt und so ins Gehirn gelangt. In Amerika sind bereits mehrere Kinder auf diese Weise getötet worden. Das gefräßige Tier, das aus Argentinien stammt, dann nach Mexiko und in die Vereinigten Staaten einwanderte und auf Madeira, wo es mit Waren eingeschleppt wurde, die furchtbarsten Verwüstungen angerichtet hat, vermehrt sich in England in beängstigender Weise, und es müssen daher rasch alle Maßregeln zur Vernichtung dieser Geißel getroffen werden.

tk. **Ein Schornstein, der Hühnereier ausbrütet.** Wie wir dem „Tägl. Korr." entnehmen, legte kürzlich ein kleiner Junge zwei Hühnereier in einen Fabrikschornstein in Aastorp in Südschweden. Als der Kleine nach einiger Zeit wieder Nachschau hielt, waren aus den beiden Eiern zwei richtige Kücken ausgekrochen. Offenbar hatte der allzeit warme Fabrikschornstein die Ausbrütung besorgt. Die Kücken wurden nun einer richtigen Hühnermutter in Pflege gegeben.

tk. **Nordischer Humor.** Die Köchin zu ihrem Bräutigam: „Sieh bloß, was wir für eine Speisekammer haben!" — „Ja, Adolfina, das Leben ist herrlich!" — Der abgeworfene Sonntagsreiter im Graben: „Und da sagt der Dichter: Ein Königreich für ein Pferd!" — Hahn und Henne sehen auf dem Hühnerhof den neuen Eierbrutapparat. Da fragt die Henne den Gockel: „Na, was hältst du von diesem Brutmaschinchen da?" — „Ach," erwidert er überlegen, „vom Standpunkt des Ehemanns aus betrachtet, es sind sehr friedliche Schwiegermütter!" — „Kennen Sie den Mann da drüben? Ich sage Ihnen, der hat den besten Kopf in ganz Sundbyberg." — „Nana!" — „Wenn ich Ihnen sage: Wenn der Mann nicht gestern mit seinem Kopfnicken das Zeichen gegeben hätte, dann wäre der große Fußballwettkampf nicht möglich gewesen!"

Der lateinische Hausfegen. Ein deutscher Reisender kommt eines Tages in ein einsames englisches Gasthaus und findet zu seinem Erstaunen an der Wand den schön verzierten Spruch: „Hier wohnt ein richtiger Gauner!" „Wer spricht denn hier deutsch?" fragte der Gast. „Deutsch? Niemand!" ist die Antwort des Wirts, und auf den Wandspruch deutend, meint er: „Den lateinischen Hausfegen dort hat mir ein Maler gewidmet, der einmal bei mir gewohnt hat. Er bedeutet: „Der Himmel segne deinen Eingang."

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Der Gesetzentwurf über die Politik der Beamten.

TU **Berlin,** 7. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich in einer öffentlichen Sitzung von Donnerstagabend mit dem Gesetzentwurf über die Politik der Beamten zum Schutz der Republik. Der Entwurf verfolgt den Zweck, klarzustellen, daß die Beamten, und zwar zunächst die Reichsbeamten besondere Pflichten gegen die verfassungsmäßige Staatsform haben, und zu diesem Zweck soll das Reichsbeamtengesetz entsprechend geändert werden. Die Reichsregierung ist davon ausgegangen, und die Reichsratsausschüsse haben ihr darin beigestimmt, daß es gewisse Stellungen gibt, welche über die den Beamten sonst zustehenden Freiheiten ihrer politischen Ueberzeugung hinaus doch noch weitergehende Anforderungen an die Beamten stellen, wo sie infolge ihrer Stellung in einem besonderen Verhältnis gerade zur republikanischen Staatsform stehen. Die Regierung soll bestimmen, welche Beamtenkategorien in Betracht kommen. Beamte, welche sich diesen Bestimmungen nicht unterwerfen wollen, werden entlassen, oder es ist gegen sie ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Die Regierung hat vorgeschlagen, für gewisse Fälle einen Disziplinarhof einzurichten, derart, daß ein kleiner Strafsenat in erster, ein großer Strafsenat in zweiter Instanz zu entscheiden hat. Der Senat wird nur aus Beamten zusammengesetzt werden,. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen auch sinngemäß auf die Reichswehr angewendet werden. In der Gesamtsitzung über die Vorlage erklärte der bayerische Gesandte, eine so wichtige Frage, die das verfassungsmäßige Recht der Beamten in noch nie dagewesener Weise beschränke, dürfe nicht unter dem politischen Druck gemacht werden. Die Beamtenverbände seien nicht gehört worden; der Gesetzentwurf sei ihnen noch gar nicht bekannt. Die bayerische Regierung lehne den Entwurf ab. In der Abstimmung wurde der Entwurf mit 49 gegen 16 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die preußischen Behörden, der Vertreter der Berliner Stadtverordneten sowie die der Provinzen Westpreußen, Posen, Niederschlesien, Sachsen, Holstein, Hannover sowie aller Staaten mit Ausnahme Bayerns; außer Bayern stimmten gegen das Gesetz die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westfalen, Rheinprovinz und Hessen-Nassau. Der Vertreter von Oberschlesien enthielt sich der Stimme.

Eine Anfrage an die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

D. **Berlin,** 7. Juli. Namens der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Deutsch-Demokratischen Partei ist gestern Abend folgender Brief an die Deutsche Volkspartei im Reichstage gerichtet worden:

Die Not der Stunde verlangt mehr denn je die Heranziehung aller, die zu williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind. Innerpolitisch hat der Mord an Rathenau und seinen Folgen allen Schichten des Volkes die Augen darüber geöffnet, an welchem Abgrund wir stehen. Vom Auslande haben wir Verständnis und Hilfe nur zu erwarten, wenn die Politik des Reichs von den weitesten Schichten des Volkes unterstützt wird und dadurch die Gewähr für die Schaffung und Aufrechterhaltung dauernde Zustände im politischen und wirtschaftlichen Leben in sich trägt. Wir halten die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten Heintze, Becker und Stresemann in der letzten Zeit über unsere außen- und innenpolitische Lage im Reichstage gemacht haben, für möglich, wenn guter Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Wir setzen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der Verfassung gemäß der republikanischen Staatsform möglich ist. Deshalb wird von den in der Regierung zu vereinigenden Parteien jede Agitation gegen die Verfassung der Republik, gegen die Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates innerhalb und außerhalb des Parlaments zu vermeiden und die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen sein. Dem Staate sind durch das Gesetz zum Schutz der Republik alle Rechtsmittel zu gewähren, deren er zur tatkräftigen Verteidigung bedarf. Alle Bemühungen der Regierung, unsere außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, sind zu unterstützen. Wir bitten um eine gefällige Aeußerung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.

Wilde Gerüchte in Berlin.

Eine Folge des Nichterscheinens der bürgerlichen Zeitungen.

W. **Berlin,** 6. Juli. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Infolge Nichterscheinens der bürgerlichen Zeitungen wurden in den letzten Tagen in Berlin eine Reihe wilder Gerüchte verbreitet, die in den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung lebhafte Beunruhigung hervorgerufen haben. Im besonderen wird verbreitet, daß bekannte Persönlichkeiten Mordanschlägen zum Opfer gefallen sein sollen. An den Gerüchten ist kein wahres Wort. Die Bevölkerung wird gebeten, alle Verbreiter derartiger unwahrer Gerüchte auf das Schädliche ihres Tuns nachdrücklichst hinzuweisen.

Die Lage in Zwickau.

w. **Zwickau,** 6. Juli. Nach dem Sächsischen Volksblatt ist die Lage in Zwickau heute wieder normal. Die Verhandlungen der aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien bestehenden Aktionsausschusses mit den Vertretern der Regierung hatten folgendes Ergebnis:

1. Die auswärtige Schupoverstärkung hat Zwickau zu verlassen. 2. Die Zwickauer Schupo hat sich jeder Tätigkeit gegen die Arbeiter und Demonstranten zu enthalten. 3. Der Aktionsausschuß und die Funktionäre der sozialistischen Parteien übernehmen die Fürsorge für die Ruhe und Sicherheit der Stadt Zwickau und bilden eine Arbeiterwehrmannschaft, die durch abgestempelte weiße Armbinden und eine Ausweiskarte kenntlich ist. 4. Die Streiktage werden bezahlt, aber nur, wenn Donnerstag früh die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die gestern nachmittag abgehaltene Betriebsräte-Vollversammlung stimmte dem Verhandlungsergebnis zu und sprach dem Aktionsausschuß das Vertrauen aus. Es wurde beschlossen, Donnerstag früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Demgemäß nahm die gesamte Arbeiterschaft von Zwickau und Umgebung die Arbeit heute früh wieder auf. Es herrscht vollständige Ruhe.

w. **Dresden,** 6. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtages stellte der Minister des Innern Lipinski die blutigen Vorgänge dar, welche die Mitteilungen der Presse bestätigt. Er fügte hinzu, daß nach der Herbeiführung der Einigung mit dem Aktionsausschuß, der für die Sicherheit der Stadt die Gewähr übernahm, die Verstärkungen der Landespolizei bereits zurückgezogen seien. Etwa 50 jugendliche Demonstranten wurden verhaftet, etwa 60 Personen bei den Vorkommnissen verletzt.

Eine Debatte über Dr. Kahr

im bayerischen Landtage.

W. **München,** 6. Juli. Der Landtag beschäftigte sich mit der Interpellation der Unabhängigen wegen der kürzlich vom Regierungspräsidenten Oberbayerns Dr. Kahr in einer Versammlung gehaltenen Rede. In der Interpellation wird gesagt, daß Kahr in der Rede unverblümt zur Wiedereinführung der Monarchie aufforderte. Die Regierung wird gefragt, ob sie gegen diese monarchistische Propaganda etwas zu tun gedenkt. Ob die freistaatlichen Minister nicht der Meinung sind, daß es für sie unschicklich ist, widerspruchslos an monarchistischen Kundgebungen teilzunehmen. Der Begründer der Interpellation Blumtritt (Unabh.) bezeichnet Kahr als nichts anders, als den Prokuristen und Geschäftsreisenden für die kommende Monarchie Rupprecht. Fischer (USP.) ruft Hoch- und Landesverräter. (Ordnungsrufe des Präsidenten.) Kahr, der bezahlte Beamte der Republik, mißbrauche sein Amt bewußt zu monarchistischer Propaganda. Er sei ein Rebell. Präsident Königsbauer wies den vom Redner gegen die Regierung Lerchenfeld erhobenen Vorwurf, daß sie die Verordnung des Reichspräsidenten in das Gegenteil verkehre und sie nur gegen links anwenden wolle, zurück, ebenso den Ausruf: Rebell gegen Kahr. Der Interpellant, im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen wiederholt zur Ordnung gerufen, erklärt schließlich, Kahr untergrabe in frivoler und skandalöser Weise die Autorität der Reichsregierung. Er gehöre vor den Staatsgerichtshof und müsse nach der Verordnung des Reichspräsidenten aus dem Amte verschwinden. Minister des Innern Dr. Schweyer erklärte, daß die Versammlung, in der Kahr gesprochen habe, eine geschlossene Versammlung der Beamtenvereinigung und Studentengruppe der bayerischen Volkspartei war. Es stehe jedem Deutschen nach der Reichs- und Landesverfassung das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Ein Beamter, der aus seiner monarchistischen Gesinnung kein Hehl mache, mache sich dadurch keiner Verletzung der Dienstpflicht schuldig, auch nicht dadurch, daß er die Wiederherstellung der Monarchie als ein erstrebenswertes Ziel bezeichne, sofern nur der geschäftsmäßige Weg der Aenderung der Verfassung ins Auge gefaßt werde, und auch die Form, wie die Anschauung vertreten werde, nicht beanstandet werden könne.

Die schweren Kämpfe in Dublin.

w **London,** 6. Juli. Aus Dublin wird gemeldet: Um 4 Uhr nachmittags ging der Kampf zu Ende. Zu diesem Zeitpunkt brannten 10 Häuser. Die Irregulären leisteten noch im Granvillehotel Widerstand. Die Freistaattruppen stürmten das Cresham, wobei die letzten Verteidiger, 5 Mann, sich ergaben. Der irischen Regierung gehen von allen Seiten Hilfsanerbieten zu. Nach den amtlichen Telegrammen aus Dublin sind die regulären Truppen Herren der Lage, außer in einem kleinen Stadtteil, der noch von den Aufständischen gehalten wird. Der Schaden im Stadtinnern ist bedeutend. Es gab 56 Tote und 230 Verwundete, meistens Zivilisten. Die regulären Truppen zerstörten einen wichtigen befestigten Platz: die Kaserne Millmount bei Droghelda. Britische Truppen nahmen an den Kämpfen nicht teil und werden auch nicht teilnehmen.

w. **Hamburg,** 6. Juli. Die Brandkatastrophe der Norddeutschen Spritwerke in Billwärder-Ausschlag forderte bis zum Nachmittag vier Tote. Die Rachlöscharbeiten dauerten den ganzen Tag an.

D. **Berlin,** 7. Juli. Der Aeltestenrat des Reichstags beschloß, den Sonnabend sitzungsfrei zu halten und Montag mit der zweiten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik zu beginnen. Der Reichstag hofft, Ende nächster Woche in Ferien zu gehen.

W. **Berlin,** 6. Juli. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums, welches bisher im Streik im Bettungsgewerbe auf eine Klärung der beiderseitigen Standpunkte hinwirkte, lud nunmehr der Reichsarbeitsminister die Parteien auf heute Nachmittag zu Verhandlungen ein.

W. **Berlin,** 7. Juli. Beschwerden über Verbote von Versammlungen, Vereinen und Druckschriften auf Grund der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten müssen an die Landeszentralbehörden und nicht an die Reichsbehörden gerichtet werden.

TU. **Paris,** 6. Juli. Der amerikanische Flugzeugführer Louis James, während des Krieges einer der meist genannten Militär-Aviateure an der Front, ist, wie aus Newyork gemeldet wird, verunglückt.

Amtlicher Wetterbericht.

Wir bleiben weiterhin im Bereich tiefen Luftdrucks, auf dessen Westseite wir allmählich kommen. Aussichten: Wolkig, strichweise Gewitterregen, später kühler.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Josien, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: i. V. Willi Lindner für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Am Dienstag, den 4. Juli entschlief nach langem, schwerem Leiden meine Abteilungsleiterin

Fräulein Auguste Müller

Die Verstorbene war mir jederzeit eine wertvolle Mitarbeiterin, die durch ihr angenehmes und lauteres Wesen allgemein hochgeschätzt war.

Ich verliere in ihr eine Kraft von seltener Schaffensfreudigkeit und festem Willen, der ihr auch bis zur letzten Stunde eigen war.

Ihr Name wird in meinem Hause nicht vergessen werden.

M. Baltz.

Statt besonderer Anzeige.



Donnerstag morgen 8 Uhr wurde unser geliebter Sohn und Bruder, der

Abiturient

Willy Pütz

nach viermonatlichem schwerem Leiden im Alter von 19½ Jahren durch den Tod erlöst.

In tiefer Trauer:

Wilhelm Pütz und Frau
Martha geb. Hassenpflug
Werner Pütz
Hannah Pütz

Bochum, den 6. Juli 1922.

Die Beerdigung findet Sonnabend 5½ Uhr von Alleestraße 73 aus statt.

Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen

Stadt Bochum

Milchbeihilfen für Minderbemittelte.

Zur Gewährung von Milchbeihilfen an bedürftige Personen stehen uns Mittel zur Verfügung. Die Beihilfen können bewilligt werden:

A. an besonders bedürftige Frauen, die Säuglinge stillen oder für Säuglinge, deren besonders bedürftige Mütter nicht selbst stillen können,
B. an bedürftige Witwen (auch Kriegerwitwen), die kränklich sind, oder für kränkliche Kinder bedürftiger Witwen, auf ärztliche Anweisung,
C. an besonders kinderreiche Familien, die in der jetzigen Zeit ein besonders schweres Durchkommen finden,
D. an alte kränkliche oder gebrechliche bedürftige Leute.

Anträge sind beim städtischen Wohlfahrtsamt an der Trankgasse, Eingang G, 3. Stock, Zimmer Nr. 135 zu stellen.

Das Warenausweisheft ist bei Stellung des Antrages vorzulegen.

Bochum, den 6. Juli 1922.

Städtisches Wohlfahrtsamt.

Gemeinde Riemke

Steuerordnung

betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirke der Gemeinde Riemke.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 6. April 1922 wird hiermit in Gemäßheit der §§ 16, 18 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 1893/23. 8. 1921 nachstehende Steuerordnung betreffend die Erhebung einer Hundesteuer im Bezirke der Gemeinde Riemke erlassen:

§ 1.

Wer im Bezirke der Gemeinde Riemke einen oder mehrere über 6 Wochen alte Hunde hält, hat, soweit nicht in den nachfolgenden Bestimmungen Steuerermäßigung oder Befreiung von der Steuer eintritt, eine jährliche Steuer (§ 5) zu entrichten.

Als Halter eines Hundes gilt derjenige, welcher den Hund in seinen Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb eingestellt hat, um ihn auf diese Weise seinen Zwecken oder den seiner Haushaltungsangehörigen oder Wirtschaftsgehilfen während eines gewissen Zeitraumes dienstbar zu machen.

Dem Halten eines Hundes wird gleichgestellt, wenn ein zugelaufener Hund aufgenommen wird.

Wenn ein dem Hausstande angehörendes Familienmitglied einen Hund hält, so haftet neben ihm der Haushaltungsvorstand als Selbstschuldner, wobei die Zahlung der Steuern durch den einen Pflichtigen den andern befreit.

§ 2.

Von der Steuer sind befreit:

1. die im Dienste der Polizei-Verwaltung verwendeten Hunde;
2. die Begleithunde der Flurhüter;
3. die Hunde schwerhöriger, blinder oder hilfloser Personen, welche zu ihrer persönlichen Unterstützung unentbehrlich sind;
4. die Hunde, welche nur vorübergehend sich hier aufhaltende Fremde oder Reisende von auswärts mitbringen, wenn der Aufenthalt nicht länger als 2 Wochen dauert und die Hunde nachweisbar auswärts bereits versteuert sind.

Die Steuerfreiheit erlischt, sobald der Hund nicht mehr zu den die Befreiung begründeten Zwecken verwendet wird, oder wenn sonst die Voraussetzungen für die Befreiung nicht mehr vorliegen.

§ 3.

Jeder steuerpflichtige oder steuerfreie Hund oder durch Zuzug mitgebrachte Hund ist binnen 14 Tagen nach der Anschaffung bezw. nach dem Zuzuge beim Gemeindevorstand unter Angabe des Vorbesitzers anzumelden.

Jeder Hund, der abgeschafft worden, abhanden gekommen oder eingegangen ist, muß spätestens innerhalb der ersten 14 Tage nach dem Ablauf desjenigen Vierteljahres, innerhalb dessen der Abgang erfolgt ist, unter Rückgabe der Steuermarke abgemeldet werden. Bei der Abmeldung ist der neue Besitzer namhaft zu machen.

Die von einer eigenen Hündin gefallenen jungen Hunde bleiben bei dem Eigentümer der Hündin bis zum Alter von 3 Monaten steuerfrei, werden aber, sobald sie an einen anderen Eigentümer übergehen, gleich steuerpflichtig.

§ 4.

Jeder Hund muß mit einer am Halse zu tragenden Steuermarke versehen sein, die in alljährlicher wechselnder Form hergestellt wird.

Die Verabreichung der Steuermarken geschieht stets vor oder zu Beginn des Steuerjahres und bei Neuanmeldungen im Steuerbüro.

Für abhanden gekommene Marken müssen beim Gemeindevorstand sofort Ersatzmarken gefordert werden. Der Gemeindevorstand ist berechtigt, die Verabfolgung der Ersatzmarken zu versagen und die Zahlung des vollen Betrages der Steuer zu verlangen, wenn die Vermutung einer Täuschung zwecks Umgehung vorliegt.

§ 5.

Die Steuer beträgt für einen Hund jährlich	300 Mk.,
und, im Falle von demselben Steuerpflichtigen mehrere Hunde gehalten werden, für den zweiten Hund jährlich	500 Mk.,
für den dritten Hund jährlich	1000 Mk.,
und für jeden weiteren Hund jährlich	1000 Mk.

Für den zweiten auf landwirtschaftlichen Gehöften gehaltenen Hund wird derselbe Steuerbetrag wie für den ersten Hund erhoben.

Hunde, die von einer mit dem Haushaltungsvorstand in gemeinschaftlichem Haushalt lebenden Person gehalten werden, gelten in Ansehung dieser Steuerordnung als dem Haushaltungsvorstande gehörig.

Von einer Person an mehreren Stellen innerhalb des Gemeindebezirkes gehaltenen Hunde werden als in einem Haushalt gehalten betrachtet.

§ 6.

Züchter, Hundehalter, sowie Personen, welche gewerbsmäßig Hunde dressieren, haben eine jährliche Zwingersteuer von 2000 Mk. zu zahlen.

Die Gewährung der Vergünstigung für Züchter, Händler und Dresseure ist davon abhängig, daß die Hunde nicht frei auf der Straße umherlaufen, und daß von jedem Verkaufe eines Hundes unter Angabe des Käufers mit Namen und Anschrift innerhalb einer Woche nach dem Verkaufe dem Gemeindevorstand Anzeige erstattet wird.

§ 7.

Die Steuer ist für jedes Steuerjahr (1. April bis 31. März) in vierteljährlichen Raten zusammen mit den übrigen Gemeindeabgaben oder spätestens 2 Wochen nach Beginn der Steuerpflicht an die Gemeindekasse zu entrichten. Die Steuer kann auch in ungetrennter Summe für das ganze Steuerjahr im voraus entrichtet werden.

§ 8.

Wenn für einen Hund im Laufe eines Steuerquartals (§ 7) Steuerpflicht eintritt, so muß die volle Steuer für das laufende Vierteljahr entrichtet werden.

Auch muß, wenn für einen Hund im Laufe eines Steuerquartales die Steuerpflicht fortfällt, für das laufende Vierteljahr die Steuer entrichtet werden.

Wer einen bereits versteuerten Hund erwirbt oder mit einem solchen neu zuzieht, oder einen Hund anstelle eines eingegangenen versteuerten Hundes erwirbt, darf für das laufende Vierteljahr die gezahlte Steuer auf die zu zahlende in Anrechnung bringen.

§ 9.

In gewissen Zeitabschnitten finden allgemeine Hundeaufnahmen statt. Auch kann der Gemeindevorstand durch die Ausgabe von Hauslisten eine allgemeine Hundeaufnahme veranlassen.

Die Haushaltungsvorstände sind verpflichtet, die erforderlichen Angaben nicht für sich, sondern auch für die bei ihnen vorhandenen Angehörigen, Untermieter, Schlafgänger usw. zu machen.

Hundehalter, bei denen versehentlich die Aufnahme unterbleibt, sind verpflichtet, nach Maßgabe der im Einzelfalle ergehenden Bekanntmachung ihre Hunde dem Gemeindevorstande besonders zu melden.

§ 10.

Der Gemeindevorsteher kann in besonderen Fällen bei abgelegenen Häusern, wo ein Hund zur Bewachung notwendig ist, eine Ermäßigung der Steuer vornehmen, wenn der Eigentümer für eine solche bedürftig und würdig ist.

§ 11.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Steuerordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft.

§ 12

Die über das Halten von Hunden bestehenden Polizeivorschriften werden durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 13

Die Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1922 in Kraft. Am gleichen Tage treten das Reglement über die Erhebung einer Hundesteuer in der Gemeinde Riemke vom 31. Januar 1879 sowie alle hierzu ergangenen Nachträge außer Kraft.

Bochum-Riemke, den 24. April 1922.

Der Amtmann: Lücke. **Der Gemeindevorsteher:** Freimuth.

Genehmigt, zunächst auf die Dauer eines Jahres. Ich behalte mir vor, die zeitliche Beschränkung der Frist vor Ablauf der Frist auf Antrag aufzuheben. 12371

Bochum, den 9. Mai 1922.

Namens des Kreisausschusses des Landkreises Bochum.

Der Vorsitzende, k. Landrat: Stühmeyer

Betr.: Vorübergehende Einstellung der Stromlieferung.

Wegen dringend vorzunehmender Ausbesserungen im Hochspannungskabelnetz muß die Stromlieferung am **Sonntag, den 9. Juli,** von 7 Uhr vormittags bis gegen 5 Uhr nachmittags in den Stadtteilen **Hamme, Grumme** und **Hofstede** eingestellt werden.

Die Direktion
der städt. Beleuchtungs- und Wasserwerke.

Gottesdienstl. d. Synagoge
Freitag Abend 7 Uhr.
Samstag Morgen 9½ Uhr, (Barmizwah).
Samstag Abend 9¼ Uhr.

Grosse Posten
evangelisch.
Gesangbücher
angekommen.
Dauerhafte und vornehme Ledereinbände.
Grösste Auswahl und billigste Preise.
Der Name wird gratis eingedruckt.
Mummeltheysche Zentralbuchhandlung
Bochum
Obere Marktstraße 31.
Telefon 3968.

Vereinigte Stadttheater Bochum-Duisburg.

Freitag, 7. Juli: Geschlossen.
Samstag, 8. Juli, 7–10½ C. 33.
„Friedrich d. Große"
Schauspiel in 2 Teilen von Herm. v. Böttticher. 1. Teil „Der Kronprinz" (Erstaufführung)

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534

Gastspiel der Kölner Lustspiele mit **Carl Schmitz** und **Josef Weissweiler**
Nur noch 2 Tage!
Der große Lach-Schlager:
Die Schieber
Schwank in 3 Akten
mit Orchester.
Ab Sonntag, 9. Juli abends 7½ Uhr
Zum ersten Male!
Lachen ohne Ende!
Hermann, was hast du gemacht?
Schwank in 3 Akten

Abiturient d. Oberrealschule erteilt
Nachhilfe-Unterricht
in all. Fächern u. Klassen. Vorbereitung z. Abitur. Off. unt. Nr. 12385 an die Gesch. d. Ztg.

Städtisches Orchester Bochum

Freitag, den 7. Juli 1922
abends 8 Uhr im Stadtpark:
1. Abend-Konzert

Leitung: Konzertmeister Hans Treichler
U. a. Werke von Mendelssohn, Schumann, Schubert, Wagner

Das Konzert findet nur bei günstiger Witterung statt.

Industrie-Café

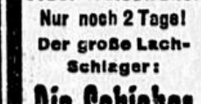
Heute, den 7. Juli, abends 8 – 11 Uhr
1. Operetten-Abend
Ausgeführt von dem nur aus ersten Kräften zusammengesetzten großen Industrie-Orchester unter Leitung des Kapellmeisters und Violinvirtuosen
Mario Iseglio



Wecker
zu billigst. Tagespreisen
Riesige Auswahl
Schriftliche Garantie
Großes Lager
Uhren-Rave
Bongardstr. 28 Telefon 2593
Reparatur-Werkstatt mit elektr. Antrieb.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.



Wost du ne guode Büxe koupen?
Dann most du noh't Baukumer Buxenhus loupen!
Bochumer Hosenhaus
A. Kurze, Hernerstraße 6
Haltestelle Kortländer, Linie 2 und 6. Fernruf 2185.



Personen-Schiffahrt
Herne-Henrichenburg

Fahrplan:
An Sonn- u. Feiertagen ab Mitte Mai bis Mitte September auch an jedem Mittwoch.
Abfahrt ab Herne: 3⁰⁰ Uhr nachm.
Abf. ab Henrichenburg: 6⁵⁰ abends.
Sonderfahrten nach Vereinbarung.

Auskunft:
Karl Schmidt, Dortmund Bootshaus, Fernr. 7244 u. Bootsführer Schmitz, Herne, Bismarckstraß. 28 Fernr. 932.

Klavier zum Ueben 9520
frei. Robertstr. 4 part

Die öffentliche
Wettannahme-stelle
für Bochum befindet sich jetzt im Zigarrenhaus
BEM SASS
Bochum,
Obere Marktstr. 38a.
Daselbst Annahme von Wetten für alle deutschen Rennen vor und am Renntage.

Schlafzimmer
in echt Eiche und gestrich. mit rot. Dreifmatr. und echt. ital. Marmor, sowie
natur lackierte
Küchen
große schöne Modelle, schwere solide Ware, **billig abzugeben.**
Fillo & Finger
Bochum Alleestr. 12

Kammer Lichtspiele!

Heute Freitag!

Harry Piel



in dem grossen Sensations-Abenteuerfilm

Der Kampf mit den Apachen

oder

Der große Coup

6 spannende Akte 6

II.

Das Halsband!

Sitten-Drama in 5 Akten.

III.

Lustspiel-Einlage

Tragen Sie
nur Merschs Naturhaar-Zöpfe und Haarersatz
Größtes Haus am Platze.
Enorme Auswahl. Billige Preise. Frisieren beim Einkauf in tageseigenen Kabinen gratis.
Frau Mersch ::: Hochstraße 20.
6141

---

ff. westfälischer
Pumpernickel
Friedensqualität
Markenfrei
Westfalia
ganz und geschnitten
Feinbäckerei
Carl Hackert
Inh.: Hugo Hackert
Fernsprecher Nr. 509.
Bochum, Hellwegstr. 4

Zu verkaufen:

5 flammiger, elektrischer **Kronleuchter** (echt Bronze)

1 ovaler, sehr gut erhaltener **Mahagonitisch** mit 4 Einlagebrettern.

Albertstraße 10.

Nr. 156. Zweites Blatt. Bochumer Zeitung **Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Freitag 7. Juli 1922

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet)

Bochum, 7. Juli.

Vollversammlung der Handelskammer zu Bochum.

Die Vollversammlung der Handelskammer beschloß einstimmig, Herrn Kommerzienrat Dr. Baare, der sein Amt als Handelskammermitglied niedergelegt hat, weil er in den Ruhestand getreten ist, in anbetracht seiner Verdienste um die Handelskammer und im Andenken an das jahrzehntelange segensreiche Wirken der Familie Baare in der Handelskammer aufgrund des § 8 des Handelskammergesetzes als Handelskammermitglied zuzuwählen. Folgende Herren wurden als Sachverständige vereidigt: Herr Wilhelm Albring, Herne, für den Einzelhandel mit Eisenwaren und Haushaltungsgegenständen; Herr Kaufmann Franz Siemens, Bochum, für den Handel mit Textilwaren; Herr Kaufmann Wilhelm Hartke, Gelsenkirchen, für den Handel mit Schuhwaren; Herr Kaufmann Alfred Köhler, Herne, für den Handel mit Tabakwaren; Herr Kaufmann Georg Langelittig, Witten, für den Handel mit Haushalt-, Galanterie- und Spielwaren; Herr Kaufmann Josef Lindenbaum, Witten, für den Handel mit Lebensmitteln. Als Mitglied bezw. stellvertretendes Mitglied zum Landeseisenbahnamt Köln wurden die Herren Generaldirektor Bergmeister a. D. Hoppstaedter und Syndikus Dr. Jacobshagen gewählt.

Der Rechnungsabschluß der Handelskammer und der Kaufmännischen Schule der Handelskammer für das Rechnungsjahr 1921/22 wurde gutgeheißen und der Geschäftsführung Entlastung erteilt. Die Kammer befürwortete den Wunsch der Häfen Wanne und Gelsenkirchen, daß der Reichsfinanzminister dortigen Privatlagern für eingeführte Waren die Umsatzsteuerfreiheit im Sinne des § 11 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz (sogenannte verlängerte Einfuhr) gewähren möge.

Bezüglich des Fahrplans der Eisenbahn begrüßte man das Bestreben der Eisenbahndirektion, aus dem Pendelzugverkehr Wanne-Bochum durch Zusammenlegung mit dem Pendelzugverkehr Bochum-Witten und darüber hinaus einen guten durchgehenden Nord-Süd-Verkehr durch das mittlere Industriegebiet zu schaffen. Man sprach den dringenden Wunsch aus, daß die Eisenbahndirektion in diesem Bestreben fortfahren, insbesondere diesen durchgehenden Verkehr schon in Recklinghausen beginnen und regelmäßig erst in Hagen endigen lassen möge. Ebenso sei ein Ersatz des Pendelzugverkehrs Essen Hbf.-Gelsenkirchen Hbf. durch Weiterführung dieser Züge über Recklinghausen nach Münster und über Herne bezw. Castrop nach Dortmund dringend notwendig. Größere Aufmerksamkeit als bisher verdiene die Verbesserung der Anschlüsse von Wanne in Richtung Buer-Dorsten-Winterswyk. Des weiteren wurden in eingehenden Erörterungen zahlreiche Wünsche zur Reform der Reichspost durchberaten, die in einer ausführlichen Denkschrift den maßgebenden Stellen zugeleitet werden sollen. Die weiteren Beratungsgegenstände betrafen die Frage der Ausfuhrabgaben, der Außenhandelskontrolle, der Erhöhung der Bankprovisionen und die Reform der Handelskammern.

---

* **Geschäftsjubiläum.** Der Lohnbuchhalter Karl Legewie von der Zeche „Vereinigte Constantin der Große" kann morgen auf eine 25jährige Dienstzeit in diesem Betriebe zurückblicken. Bei seinen Vorgesetzten und Kollegen erfreut sich der Jubilar allgemeinster Wertschätzung. Möge es ihm vergönnt sein, noch lange Jahre an seiner gewohnten Arbeitsstätte wie bisher segensreich zu wirken.

⇨ **Billige Züge nach dem Sauerland.** Auf Antrag des Verkehrsverbandes „Industriebezirk" hat sich die Eisenbahndirektion Essen versuchsweise damit einverstanden erklärt, daß die Fahrkarten für die billigen Sonderzüge, die fortan jeden Sonntag frühmorgens verkehren, bis Samstags abends ausgegeben werden. Da zu den Zügen jetzt ein starker Andrang besteht, empfiehlt es sich demnach, sich rechtzeitig mit Fahrkarten für die Sauerlandszüge zu versehen. Es fährt für die Folge jeden Sonntag ein Zug zum Siebengebirge und Sauerland.

—* **Milchbeihilfen für Minderbemittelte.** Das städtische Wohlfahrtsamt bringt in der vorliegenden Nummer eine Bekanntmachung betreffend Gewährung von Milchbeihilfen an bedürftige Personen, auf die wir besonders aufmerksam machen.

‡ **Leichenfund.** Am 26. Juni wurde in Werden eine unbekannte männliche Leiche gefunden, die wie folgt beschrieben wird: etwa 25 bis 30 Jahre alt, schlank, 1,72—1,75 Meter groß, blondes Haar, graue Augen, glatt rasiert, rechts oben ein Goldzahn, schwarz-braun karierter Anzug (gut erhalten), grüner Lodenmantel, hellgrauer Hut mit schwarzem Band, weißes Faltenhemd, gez. O. Fuchs, I IX. 21. 210, weißes Leinenhemd, gez O. F., dunkle Unterhose, gez. O. F., schwarze Strümpfe, schwarze Schnürschuhe mit Lackspitzen (gut erhalten) und braun-schwarzer Selbstbinder. Bei der Leiche wurde eine Eintrittskarte zum Zirkus Henny-Herne vom 24. Juni dieses Jahres gefunden, woraus zu schließen ist, daß der Verstorbene aus dieser Gegend stammt. Irgend welche Angaben über die Person wolle man an die Kriminalpolizei Bochum oder Herne richten.

Q **Zuchthausstrafen für Einbrecher.** Unsere in der gestrigen Nummer gemachten Ausführungen über die nächtliche Unsicherheit am Hauptbahnhof erhielten in der Donnerstagssitzung der Strafkammer erneut ihre Bestätigung. Unter der Anklage des wiederholten schweren Einbruchdiebstahls standen die Arbeiter Barkowski, Beckmann und Augustin, sämtlich von hier. Sie lernten sich nächtlicherweile am Hauptbahnhof kennen. Der geregelte Arbeit unhold, trieben sie sich umher und vermehrten des Nachts das im Wartesaal 3. und 4. Klasse sich aufhaltende Verbrechergesindel. Von hier aus unternahmen sie mehrere schwere Einbrüche. In einer einzigen Nacht machten sie eine Beute im Werte von 21 000 Mk. Beckmann und Augustin, mehrfach vorbestrafte Gesellen, gehören zu der Zucht der schweren Jungen. Das Urteil lautete gegen Barkowski auf 6 Monate Gefängnis, Beckmann und Augustin wurden die mildernden Umstände versagt, der erstere erhielt 3 Jahre Zuchthaus, der letztere 2 Jahre Zuchthaus und je 5 Jahre Ehrverlust. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schulte erging sich bei der Urteilsbegründung in kritischer Würdigung der nächtlichen Unsicherheit am Hauptbahnhof, wie wir sie gestern wiedergegeben haben.

‡ **Städt. Orchester.** Heute findet das Erste Freitag-Abend-Konzert im Stadtpark statt. Wir verweisen auf die Anzeige.

‡ **Polizeibericht.** Bei einem Einbruch wurde aus einer Wohnung aus der Robertstraße Herrenanzugstoffe gestohlen. Ferner sind gestohlen worden aus einer Wohnung aus der Cramerstraße in Weitmar Kleidungsstücke, aus einem Keller an der Wielandstraße ein weißer Kleiderrock. An der Strecke Bochum—Krah. 140 Meter Telefondraht, aus einer Wohnung an der Wasserstraße Kleidungsstücke, eine silberne Herrenuhr und eine silberne Damenuhr nebst Kette. Aus einer Wohnung an der Haldenstraße in Weitmar ein blauer Anzug und ein Verlobungsring. Einer Frau aus der Handtasche auf dem Wilhelmsplatz 493 Mk. Einem Arbeiter an der Pariserstraße 1400 Mk. — Vermißt wird seit dem 22. v. Mts. der 32 Jahre alte geisteskranke Ferdinand Lages von hier, Cäcilienstraße 50. L. ist 1,70 Meter groß, schlank, dunkelblond und trug gestreifte Hose, Marengorock, grünen Hut und schwarze Schnürschuhe. Etwaige Angaben über den Aufenthalt des L. erbittet die Kriminalpolizei Bochum.

Von der Schulvereinigung der Deutschen Städte

kl. In der letzten Juniwoche tagte in Hamburg unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Schmitz-Düsseldorf die Schulvereinigung der Deutschen Städte, wozu gegen 100 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte und Stadtschulräte aus allen Teilen des Reiches erschienen waren. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Themen folgender Vorträge:

Welche Maßnahmen sind für die Weiterentwicklung des Schulwesens unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig und durchführbar? — Referenten: Prof. Dr. Ziehen-Frankfurt a. M. und Stadtschulrat Dr. Ohms-Potsdam.

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens. — Referenten: Oberbürgermeister Dr. Schwammberger-Ulm und Senator Stadtschulrat Dr. Wesph-Hannover.

Richtlinien für einen neuen Lehrplan der Volksschule. — Referent Stadtschulrat Niemann-Saarbrücken.

Die von den Referenten zum zweiten und dritten Thema angeregten Fragen sollen in einer besonderen Kommission bis zur nächstjährigen Tagung, als deren Ort Regensburg bestimmt wurde, geklärt werden. Einstimmig wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Versammlung hält eine sofortige Klärung der Lehrerbildungsfrage für nötig und Versuche mit dem akademischen Studium der Volksschullehrer für dringend erwünscht.
2. Gegenüber dem vielfach hervorgetretenen Bestreben, die Kinder dem Besuch der Grundschule durch Erteilung von Privatunterricht, Errichtung von Familienzirkeln und -schulen zu entziehen, hält die Versammlung für notwendig, daß die Schulverwaltung durchgreifende Maßnahmen trifft, die die Umgehung der gesetzlichen Grundschulpflicht unmöglich machen.
3. Die Versammlung erklärt für unerläßlich, daß von seiten der Staatsbehörde einheitliche Vorschriften über die Handhabung des Uebergangs von der Grundschule zur höheren Schule und zur Mittelschule baldigst erlassen werden.
4. Um ihrerseits dem ungesunden Andrang zu den höheren Lehranstalten wirksam zu steuern, andererseits die Vorbildung für das praktische Berufsleben im Interesse der Erziehungspflichtigen minder kostspielig und zugleich zweckmäßiger zu gestalten, ist dringend zu fordern, daß die bisher an den Einjährigenschein gebundene sog. mittlere Reife nicht sowohl durch den Besuch einer höheren Schule als vielmehr auf einer Mittelschule oder in Volksschulklassen mit erweiterten Lehrzielen (9. Schuljahr) oder in entsprechend organisierten Berufsschulen erworben wird. Es muß aber auch solchen Personen, die nicht einen dieser Bildungsgänge durchlaufen haben, auf Grund anerkannter Bewährung im Berufe und in erweiterter Anwendung des früheren Künstlerparagraphen die Laufbahn der mittleren Berufe eröffnet werden.
5. Die Versammlung erklärt erneut die Verlängerung der Gesamtschuldauer für die Besucher der höheren Schulen und der Mittelschulen um ein Jahr mit Rücksicht sowohl auf die den Eltern erwachsenden Kosten wie auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte für undurchführbar.
6. Die Versammlung begrüßt es, wenn Versuche mit der deutschen Oberschule, der die volle Gleichberechtigung mit den übrigen Schulformen zuzuerkennen ist, in tunlichst weitem Umfange gemacht werden.
7. Angesichts unserer wirtschaftlichen Lage erscheint die Förderung des Berufsschulwesens besonders notwendig. Auch in den allgemeinbildenden Schulen muß mehr als bisher auf die Erarbeitung von Bildungswerten gesehen werden, die für das wirtschaftliche Leben von Bedeutung sind.
8. Die Schulvereinigung der Deutschen Städte tritt energisch dafür ein, daß das Deutsche Reich die ihm durch die Reichsverfassung gesicherte Zuständigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens im Interesse der Vereinheitlichung unseres deutschen Schulwesens bis zur letzten Möglichkeit ausschöpft. Sie fordert, daß die Zuständigkeit der Gemeinden gegenüber denen der Länder im Sinne ihrer Erweiterung reichsgesetzlich genau abgegrenzt und den Gemeinden die nötigen Mittel zur gedeihlichen Pflege ihrer Selbstverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Den Deutschen Städtetag bitten wir, in gleichem Sinne tatkräftig zu wirken.

(Mit Befriedigung kann man feststellen, daß diese Beschlüsse immerhin einen bildungsfreundlicheren Geist atmen, als die jüngst bekannt gewordenen Sparwünsche des Preußischen Städtetages.)

Die Ursachen der Milchpreiserhöhung.

Bekanntlich beträgt ab Montag, den 3. Juli, der Milchpreis in Westfalen 9,20 Mark für ein Liter. Die Ursachen für dieses Hochschnellen liegen nicht allein in dem täglich weiter sinkenden Markwert begründet, sondern werden in erster Linie veranlaßt durch die Milchpreispolitik des rheinischen Schiedsgerichts. Dieses Schiedsgericht, zusammengesetzt aus einem Stadtvertreter, einem Vertreter der Landwirte und einem Regierungsrat als Vorsitzenden und unparteiischen Schiedsrichter, ist die oberste Instanz, die über die Milchpreisfrage in den Rheinlanden das letzte Urteil zu fällen hat. Es liegt auf der Hand, daß ein nur aus drei Gliedern bestehender Ausschuß, in welchem ein Regierungsvertreter den Ausschlag zu geben hat, die Milchpreisfrage nicht in einer die Interessen der weiten Verbraucherkreise befriedigenden Weise regeln kann. In Westfalen liegt die Entscheidung über die Erhöhung des Milchpreises in der Hand des Westfälischen Milchausschusses; seine Zusammensetzung berücksichtigt sowohl die Erzeuger- als auch die Verbraucherkreise, da aus allen Ständen und Schichten Mitglieder in ihm vertreten sind. Vorsitzender ist Oberpräsident Gronowski. Daß trotz dieser Zusammensetzung die Beschlüsse des Westfälischen Milchausschusses durch das rheinische Schiedsgericht beeinflußt werden, sei durch Darlegung des Sachverhalts im nachstehenden nachgewiesen.

Anfang Juni beschloß der Westfälische Milchausschuß, den Milchpreis nicht zu erhöhen, allerdings mit der Einschränkung, daß auch im Rheinland keine Erhöhung Platz greife. In der Sitzung des Ausschusses vom 20. Juni wurde, den Verhältnissen entsprechend, eine geringe Erhöhung um eine Mark beschlossen. Unmittelbar darauf kamen die Landwirte des Rheinlandes mit neuen Forderungen, die auf 9—14 Mark ab Stall lauteten. Gleichlaufend lehnten die rheinischen Landwirte den bisherigen Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Oberregierungsrat Tiemann, der stets eine streng neutrale, vermittelnde Stellung eingenommen hatte, ab. Den Vorsitz übernahm nun ein Regierungsrat Odenthal, der in der Verhandlung über die neuen Forderungen der Landwirte diese Forderungen unterstützte, indem er erklärte, als Sohn eines Landwirts mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut zu sein. Die rheinischen Landwirte hielten daher auch zäh an ihrer Forderung, 9 Mark ab Stall, fest. Man ging schließlich von Verbraucherseite auf 7 Mark herauf, das Schiedsgericht setzte dann den Preis ab Stall für das Rheinland auf 7,80 Mark fest. In Westfalen beträgt er 5,50 Mark ab Stall. Hinzu kommt für Westfalen ein Molkereizuschlag von 1,40 Mark, sodaß der Preis ab Molkerei, 6,90 Mk. beträgt, für das Rheinland 8,80 Mark. Mit allen Aufschlägen beträgt jetzt der **Milchpreis im Rheinland** für rheinische **Milch 11,40—11,60 Mark**, soweit die billigere westfälische Milch in Betracht kommt, 10,60 Mk. In Westfalen ist der Preis, wie einleitend bemerkt, einheitlich auf 9,20 festgesetzt.

Inzwischen sind die westfälischen Landwirte an den Milchausschuß herangetreten mit der neuen Forderung auf Erhöhung des Milchpreises. Die Verhandlungen hierüber sollen am 18. Juli in Münster stattfinden. Die im westfälischen Milchausschuß tätigen Vertreter der Städte und Verbraucher werden zweifellos den ernstlichen Versuch machen, den Milchpreis niedrig zu halten, sie sind aber machtlos, so lange das rheinische Schiedsgericht den Forderungen der Landwirte soweit entgegenkommt. Die westfälischen Landwirte berufen sich nicht ganz mit Unrecht auf die höheren Preise im Rheinland. Sie versuchen auch bereits mit Nachdruck ihre Forderungen durchzusetzen, und zwar dadurch, daß sie ihre Lieferungen an die Molkereien einstellen und die Milch an die Schweine verfüttern. Bis Samstag gingen beispielsweise in Bochum täglich bis zu 40 000 Liter Milch ein. Seit Montag aber (dem Tage des Inkrafttretens des neuen, den Landwirten nicht genügenden Milchpreises) gehen täglich rund 7000 Liter weniger hier ein. Die Bauern fordern jetzt einen Preis bis zu 10 Mk. ab Stall (jetzt 5,50 Mark) und sie stützen sich hierbei nicht zuletzt auf die schwierigen Fütterungsverhältnisse, da tatsächlich durch die Trockenheit der letzten Wochen der Weidegang für das Vieh schlecht war und die Milchmenge erheblich abgenommen hat.

Sieht sich der Westfälische Milchausschuß in den neuen Verhandlungen gezwungen, den Forderungen der Landwirte nachzugeben, so trägt ein groß Teil Schuld das rheinische Schiedsgericht, das aufgrund seiner merkwürdigen Zusammensetzung und Schiedsgerichtsfällung die Milchpreisfrage auch für Westfalen entscheidend mit beeinflußt.

Die Milchversorgung der Stadt Bochum hat sich bislang glücklicherweise noch gut abwickeln lassen. In den letzten Wochen war sogar täglich ein Milchüberschuß von 4—6000 Liter vorhanden, der dank dem Entgegenkommen der Schlegelbrauerei in deren Kühlräumen untergebracht werden konnte. Die überschüssige Milch wird in Flaschen gezapft und an alle Werke, Zechen und sonstige Unternehmungen abgegeben. Auch in diesen Tagen, wo die Milch etwas knapper wird, kann die Lieferung an die Werke nicht ganz unterbleiben, da ein großer Apparat für diese Lieferung in Tätigkeit ist, der in dem Augenblick, wo Milch in reichlichen Mengen wieder eingeht, auch wieder restlos verfügbar sein muß. Selbstverständlich ist die Versorgung aller Bevölkerungskreise mit Milch, namentlich der Säuglinge und Kranken, unbedingt sichergestellt und nicht gefährdet. Die Milch, die Bochum von seinen 12 Molkereien bezieht, ist in jeder Weise einwandfrei. Saure Milch ist eigentlich überhaupt nicht hereingekommen. Ein einziger Waggon, der am 29. Juni einging und 1968 Liter saure Milch enthielt, wurde an die Molkerei zurückgeschickt.

Im Juni wurden in der Stadt Bochum folgende Milchmengen umgesetzt: 1 103 654 Liter Vollmilch, 7 300 Liter Magermilch, 5 433 Liter Buttermilch.

Bei der rapide fortgehenden Geldentwertung wird bis zum Herbst mit einer erheblichen Erhöhung des Milchpreises bestimmt zu rechnen sein, zumal auch die Milchhändler sich in die Preiserhöhung mit einschalten und mit neuen Forderungen auftreten. Eine Besserung ist nicht abzusehen. Aber daß Bochum mit Milch gut versorgt ist und ausgezeichnet eingerichtete Molkereien an der Hand hat, ist immer ein Gewinn, der im Zeitalter der ungeheueren Lebensmittelteuerung nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Ir.

Aus dem Landkreise Bochum.

Laer, 6. Juli. Die Mitglieder der Abteilung Laer des S. G. V. hatten sich gestern abend zu der Monatsversammlung recht zahlreich eingefunden. Am 16. Juli soll in Gevelsberg ein gemütliches Beisammensein mit Kaffeetrinken stattfinden, wozu die Mitglieder der Abt. Laer nebst ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten eingeladen sind. Abmarsch 12 Uhr vom Vereinsheim. Neu aufgenommen wurden vier Mitglieder, die Mitgliederzahl ist somit auf 92 gestiegen. Sodann berichtete der Vorsitzende über das Gebirgsfest in Siegen. Die Darbietungen in heimatlicher Mundart von Frau Müller-Bochum fanden reichen und wohlverdienten Beifall. Herr Pautz-Laer übernahm in liebenswürdiger Weise die gründliche Einübung von Wanderliedern. Es ist beabsichtigt, später ein Quartett (Doppelquartett) oder eine Gesangabteilung zu bilden. Für die Musikabteilung haben sich bereits mehrere Damen und Herren gemeldet. Eine baldige und gründliche Ausbildung soll in die Wege geleitet werden. Damen und Herren, die bereit sind, der Musikabteilung beizutreten, wollen sich bei dem Vorsitzenden, Friedrich Schmitz, Laer, Alleestr. 9, umgehend melden. Als Musikinstrumente kommen in Frage: Geigen, Lauten, Mandolinen usw.

* **Riemke**, 6. Juli. Einspruch gegen die Verteilung der neuerbauten Wohnungen an der Schul- und Elisabethstraße wurde von einer Versammlung der Lehrer und Lehrerinnen erhoben. In einem Schreiben wird nach einem Beschluß dieser Versammlung, an die Gemeindevertretung die Bitte gerichtet, den Beschluß der Wohnungskommission vom 26. Juni einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und für die Ansprüche der in der Gemeinde beschäftigten Lehrer und Lehrerinnen Sorge zu tragen.

* **Riemke**, 6. Juli. Der erfaßte Dieb. Ein junger Mann hatte sich in einem günstigen Augenblick Eingang in das Lager des Wohlfahrts-Konsums an der Johannes- und Elisabethstr.-Ecke verschafft und für etwa 4000 Mk. Ware schon eingepackt. Da wurde er gefaßt. Er versuchte zu flüchten und gedachte sodann durch den hinteren Ausgang eines Hauses zu entkommen, doch da war ein Entweichen unmöglich, sodaß seine Verhaftung erfolgen konnte.

Aus der Nachbarschaft.

Q Wattenscheid, 5. Juli. Messerstecherei. In der Nacht zum 16. Nov. v. J. wurde bei einem Feste in der Wirtschaft Kampmann der Bergmann Henke durch drei Messerstiche verletzt. Der Bergmann Paul Suczewitz von hier wurde deswegen vor der Bochumer Strafkammer angeklagt. Wer die Stiche dem Henke beigebracht hatte, konnte mit Sicherheit nicht festgestellt werden. Da S. an der Schlägerei beteiligt gewesen, wurde er dieserhalb zu vier Monate Gefängnis verurteilt. Die Strafkammer war der Ansicht, daß gegen solche Roheitsdelikte, die sich in erschreckender Weise mehren, mit scharfen Strafen vorgegangen werden müsse. Dem Angeklagten wurde Strafaussetzung zugebilligt bei Zahlung einer Geldbuße von 10 000 Mark innerhalb eines Jahres.

Stiepel, 6. Juli. Ueber das Schulz-Dornburg-Konzert in Stiepel wird der „Hatt. Ztg." geschrieben: Der vergangene Donnerstag war für Stiepel ein großer Tag. Nach langen, schwierigen Vorbereitungen konnte das erste Symphonie-Konzert des Bochumer städtischen Orchesters unter Kapellmeister R. Schulz-Dornburg stattfinden. Die

---

Veranstaltungen der Deutschen Volkspartei.

Freitag, den 7. Juli 1922.

Jugendgruppe Marmelshagen, abends 8 Uhr, bei Föllenbeck, Dorstenerstr., wöchentliche Zusammenkunft.

Jugendgruppe Laer, abends 8 Uhr bei Schulte, Wittenerstraße 13, wöchentliche Zusammenkunft. Redner: Herr Fritz Wienkop.

Jugendgruppe Querenburg, abends 8 Uhr, bei Schneider, wöchentliche Zusammenkunft.

Samstag, den 8. Juli 1922.

Bezirksverein und Jugendgruppe im Ehrenfeld, veranstalten am Samstag, den 8. Juli, abends 7½ Uhr, einen Vortrags- und Unterhaltungsabend im Saale des Wirts Nobel (Panzergrotte), Hattingerstraße 80. Mitglieder und Freunde der Partei sind mit ihrer Familie eingeladen.

Vereins-Kalender.

Unter dieser Rubrik kostet 1 Zeile 3.— Mark bei Vorauszahlung; bei Rechnungserteilung 3,50 Mark.

Saar- und Rheinpfälzer-Verein Bochum und Umgegend. Sonntag, 9. 7. 1922, 7 Uhr, Versammlung bei Düppe, Albert- und Mühlenstr.-Ecke. Es bittet um zahlreiches Erscheinen der Vorstand.

Hilfsbund Elsaß-Lothringer, Ortsgruppe Bochum. Sonnabend, 8. 7. 1922, abds. 7 Uhr, Versammlung b. Morjan, Alleestr. 54.

Der Schrebergärten-Verein Ehrenfeld feiert am Sonntag, den 9. Juli, sein diesjähriges Sommer- und Kinderfest. Abmarsch des Kinderfestzuges vom Westfalenplatz um 3 Uhr nachmittags. Für Unterhaltung von Klein und Groß ist bestens gesorgt. Mitglieder u. Gäste willkommen.

Einheitsverband (Ortsgruppe Bochum). Sonntag, den 9. Juli 1922, findet unser Kinderfest statt. Die Mitglieder versammeln sich um 1,30 Uhr nachmittags am Schwanenmarkt und gehen geschlossen zum Festplatz nach Gerthe. Eintrittskarten können am Sammelplatz in Empfang genommen werden. Kinder sind frei. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Bühne in Frisches Saal war für diese Veranstaltung auf Veranlassung des Ausschusses für Volksbildung entsprechend umgebaut worden. Trotz des schlechten Wetters war zu Beginn des Konzertes der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Das zeigt uns nicht nur den Ruf des geschätzten Dirigenten und seiner Künstlerschar, sondern beweist, daß ein großes Bedürfnis nach reiner musikalischer Kunst in unserem Volke lebt. Beigeordneter Rautenberg begrüßte die Zuhörer wie auch die Künstler, streifte kurz die Vorgeschichte der Veranstaltung und sprach allen, die sich um das Zustandekommen derselben verdient gemacht, den Dank der Gemeinde aus, insbesondere Herrn Amtmann Thiel. Kapellmeister R. Schulz-Dornburg gab nun die Einführung in das Programm, das kurze Proben aus den verschiedensten Gebieten der musikalischen Welt aufwies. Er kennzeichnete in volkstümlichen Worten treffend den Unterschied zwischen wahrer Kunst und dem musikalischen Schund und sprach über sein Ziel, echte, gute Musik in die weitesten Volkskreise zu tragen. Ueber das Spiel selbst wäre eigentlich wenig zu sagen; daß die Darbietungen auf künstlerischer Höhe standen, versteht sich bei Schulz-Dornburg von selber und die Zuhörer spendeten reichen Beifall. Hermann Busch als Solist im Konzert für Cello mit Orchester von Dvorac fand ebenfalls allgemeinen Anklang; sein Spiel zeigte eine feine, ausgeglichene Technik. Schauspieler Wilhelm Busch, der das Hexenlied von Wildenbruch zur Orchesterbegleitung sprechen sollte, wurde im letzten Augenblick verhindert. An seiner Stelle übernahm Kapellmeister Schulz-Dornburg unter dem Jubel der Zuhörer diese Rolle, die er trotz der Größe des Raumes zur vollen Zufriedenheit durchführte, sodaß er auch einen Erfolg als Rezitator buchen kann. Der Abend war in jeder Beziehung ein wohlgelungener.

re. **Linden-Dahlhausen**, 6. Juli. Dem Berginvaliden und Hausbesitzer W. an der Hattinger Straße wurde in der Nacht von Sonntag auf Montag gegen 1 Uhr das Oberlicht des Wohnzimmers mittels eines dicken Steines zertrümmert. — Dem Kaufmann G. an der Königstraße wurde das eiserne Treppengitter von dem Hause teilweise abgebrochen bezw. demoliert, ohne daß die Täter bis jetzt zur Rechenschaft gezogen werden konnten. — In Oberdahlhausen wurden in der Nacht vom 27. zum 28. Juni sogar die schwarz-weiß-rot gestrichenen Fahnenmasten von jungen Burschen teils ein-, teils abgesägt. Das Absägen der Stangen an den Häusern des Materialienverwalters Keßler und des Steigers Franke war sicher recht mühsam, deshalb hat man sich beim Betriebsführer Pohle und dem Steiger Richter mit dem Einsägen der unschuldigen Fahnenstangen begnügt. Die Täter sind bereits ermittelt und der Polizei bekannt gegeben. — Einen neuen Rektor erhielt nach Jahresfrist die Melanchthonschule in Hohwege. Herr Dell, der als Lehrer eine Reihe von Jahren in Hagen i. W. amtierte, wurde am Montag, 3. Juli cr. vom Herrn Kreisschulrat als Rektor in sein neues Amt eingeführt.

re. **Witz**, 3. Juli. Ihr goldenes Ehejubiläum feierten am 4. Juli cr. der Ehrenamtmann a. D. Bredenbreuker und Gemahlin Auguste geb. Wünnenberg unter reger Anteilnahme der Ennesessenen. Dem goldenen Jubelpaare brachte Herr Amtmann Wibbelt im Beisein des Amtsbeigeordneten Fabrikbesitzer Köppern, Gemeindevorsteher Thabe im Namen der Gemeinde Witz ihre Glückwünsche zur goldenen Hochzeit dar. Auch die andern Vertretungen des Amtes und der Kirche, denen der Jubilar viele Jahre angehört hatte, brachten dem Jubelpaare zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche dar. Herr Bredenbreuker war von 1898 bis zum 10. März 1908 erster Amtsbeigeordneter und von da ab als Ehrenamtmann tätig bis zum 31. Dez. 1921. Vor 1908 war er bereits Gemeindeverordneter, Mitglied des Schulvorstandes, der Repräsentation und des Presbyteriums der ev. Kirchengemeinde. Den Krieg gegen Frankreich 1870—71 machte der Jubilar bei der Belagerung von Straßburg, Schlettstadt und Neu-Breisach mit. Seine Gemahlin widmete sich ganz besonders der Frauenvereinssache im Winzer Frauenverein, der deshalb auch des hochverehrten Jubelpaares an seinem Ehrentage durch zahlreiche Glückwünsche und prächtige Gaben der Liebe in schönster Weise gedachte und so das Band noch immer fester und inniger knüpfte.

Sport.

10. Gauturnfest des Kreises 8 a des Emscher-Ruhrgaues der deutschen Turnerschaft.

Am kommenden Sonntag, 9. d. Mts. wird Bochum wieder einige Tausende Gäste beherbergen. Es gilt, daß 10. Gauturnfest zu feiern, für das ein umfangreiches Programm vorgesehen ist.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar = 455 – 458 Mark.

Rhein.-Westfäl. Devisenmarkt.

p. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde das Geschäft ruhig, nachdem in den Mittagsstunden verschiedene Börsenmanöver große Schwankungen verursacht hatten. Die Kurse entwickelten sich Nachmittags ungefähr im Rahmen der amtlichen Berliner Kurse. Abends schlossen bei merklicher Zurückhaltung:: **Holland 17 600—17 750, London 2035 bis 2055, Paris 3670—3700, Brüssel 3470—3500, Newyork 455—458, Schweiz 8500—8600.**

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		5. Juli Geld	5. Juli Brief	6. Juli Geld	6. Juli Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	16679.1	16720.9	17627.9	17672.1	13383.5
Belgien	100 Fr.	3320.80	3329.20	3495.60	3504.40	2637.15
Norwegen	100 Kr.	7066.15	7083.85	7590.50	7609.50	6018.95
Dänemark	100 Kr.	9238.40	9261.60	9887.60	9912.40	7515.55
Schweden	100 Kr.	11066.1	11093.8	11835.7	11864.8	8988.75
Italien	100 Lir	1970.—	1975.—	2022.45	2027.55	1720.75
England	1 St.	1892.60	1897.40	2037.45	2242.55	1545.55
Amerika	1 D.	425.96	427.04	454.43	455.57	350.06
Frankreich	100 Fr.	—.—	—.—	3695.35	3704.65	3041.95
Schweiz	100 Fr.	—.—	—.—	8689.10	8710.90	6661.65
Spanien	100 Pes.	—.—	—.—	—.—	—.—	5463.15
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	1.95	1.99	205.50	209.50	—.—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	832.50	835.05	873.90	876.10	667.15
Ungarn	100 Kr.	36.75	36.85	38.70	38.80	—.—

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet.

Der Eisenbahnbetrieb wickelte sich in der vergangenen Woche im Ruhrgebiet glatt ab. Wagen, namentlich für Brennstoffe, waren in sehr reichlichem Maße vorhanden. Demgegenüber waren die Wagenanforderungen gering, namentlich am 27. und 28. Juni — wohl als Folge der innerpolitischen Kundgebungen — und am 29. Juni wegen des Festtages Peter und Paul. Für Kohlen, Koks und Briketts sind in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschließlich der nachträglich bestellten Wagen 18 082 (gerechnet zu je 10 To.) angefordert und auch gestellt worden. (Höchstgestellung am 26. Juni 22 733). Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 18 206 Wagen. — Da bei dem anhaltend günstigen Wasserstand des Rheines der Verkehr nach dem Oberrhein recht lebhaft ist, war an der Ruhr Schleppkraft sehr gefragt. In den Duisburg-Ruhrorter Häfen wurden werktäglich 21 756 (25 760) To., in den Zechenhäfen der Kanäle 19 950 (24 262) To. Brennstoffe umgeschlagen. Die Lagerbestände auf den Zechen nahmen weiterhin um rund 60 000 To. ab.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens im Juni.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Zechen) wird für den Monat Juni 1922 auf etwa 7 Millionen To. in 23¾ Arbeitstagen veranschlagt. Im Mai 1922 stellte sich die Kohlenförderung in 26 Arbeitstagen auf 8,08 Millionen To. und im Juni 1921 auf 7,75 Mill. To. in 25¼ Arbeitstagen. Arbeitstäglich gerechnet wird sich für Juni 1922 voraussichtlich eine Förderung von etwa 295 000 To. ergeben gegenüber einer arbeitstäglichen Förderung von 310 844 To. im Mai 1922 und von 307 063 To. im Juni 1921. Das Ergebnis der Kohlenförderung wurde namentlich durch den 24stündigen Demonstrationsstreik ungünstig beeinflußt. Der hierdurch hervorgerufene Förderausfall betrug rund 275 000 To. im Werte von rund 275 Millionen Mark. Dazu kommen noch die indirekten Schäden, wie Lohnausfall der Bergarbeiter, Mindereinnahmen der Eisenbahnen für den ausgefallenen Transport usw.

—* **Berliner Wertpapierbörse** vom 6. Juli. Die Grundstimmung an der Börse war bei ziemlich erregtem Geschäft fest. Es ergaben sich durchschnittlich Kursbesserungen von 50—80 Prozent am Montanmarkt. Schlesische Eisenbahnbedarf und Rheinstahl hatten Steigerungen von 100—125 Prozent. Aber auch auf den übrigen Gebieten war das Geschäft angeregt und mit Besserungen über 100 Prozent sind hier Kaliwerke Aschersleben, Hannoversche Waggon und Basaltaktien zu nennen. Bankaktien folgten der Aufbesserung durchweg sehr zögernd. Kräftiger schlossen sich Schiffahrtsaktien bei Gewinnen von 15—30 Prozent an. Von festverzinslichen Werten lagen heimische Renten fest.

Berliner Börsenkurse.

vom 6. Juli 1922.

	5. 7.	6. 7.		5. 7.	6. 7.
Bankaktien			Eintr. Braunk.	1600.	1690.
Barmer Banky	210.—	206.—	Eibert. Farben	790.—	800.—
Com.u.Privatb.	298.—	285.—	Eschw. Berg	901.—	945.
Darmst. Bank	284.—	289.—	Essener Steink.	1350.	1406.
Deutsche Bank	505.—	514.—	Flensb. Schiffsb	800.—	848.—
Disconto-Ges.	392.—	394.50	Gasmot. Deutz	790.—	798.—
Dresdner Bank	294.—	300.—	Gels. Bergw.	1290.	1270.
Ess. Cred. Anst.	249.—	244.—	Gels Gußstahl	800.—	860.—
Reichsbank	213.—	215.—	Glas Schalke	3800.	3950.
Brauereiaktien			Goldschmidt	960.—	940.—
Boch. Viktoria	—.—	505.—	Harp. Bergw.	2300.	2290.
Dortm. Aktien	790.—	800.—	Hasp. Eis. u. St.	—.—	—.—
Dortm. Union	820.—	920.—	Heckmann C.	3300.	3320.
MüserLangend	580.—	—.—	Hirsch Kupfer	828.—	862.—
Schleg. Scharp.	—.—	—.—	Hohenlohe	835.—	—.—
Schiffahrtsaktien			Howaldswerke	635.—	700.—
Hamb. Am. Pak.	468.—	480.—	Höchst Farben	760.—	785.—
Nordd. Lloyd	326.—	339.—	Hösch Stahlw.	1480.	1475.
Industrieaktien			Humb. Masch.	675.—	674.—
Adlerwerke	550.—	544.—	Ilse Bergbau	1443.	1495.
Akkumul. Hag.	1175.	1195.	Kali Aschersl.	1085.	1170.
Allg. Elekt. Ges.	790.—	798.—	Köln Neuessen	1350.	1340.
Anglo Guano	1825.	1575.	Königsborn	1800.	1935.
Annener Guss	850.—	525.—	Küppersbusch	1550.	1675.
Arenberg	—.—	—.—	Lahmeyer&Co.	415.—	450.—
Bad. Anilin	840.—	850.—	Laurahütte	2200.	2045.
Balcke Masch.	1025.	1050.	Magd. Bergw.	1450.	1700.
Baroper Walz.	1050.	1120.	Mannesmann	1100.	1160.
Bergm. Elektr.	550.—	610.—	Mark Zement	—.—	—.—
Bismarckhütte	1950.	—.—	Masch. A.-Nb	825.—	1—.—
Boch. Gels. Str.	—.—	—.—	Masch. Baum	—.—	—.—
Boch. Gußstahl	1255.	1315.	Mülh. Bergw.	1850.	1890.
Braunk. u. Brik.	1190.	—.—	Nation. Autom	480.—	540.—
Buderus Eisen	660.—	760.—	Oberschl. Bed.	925.—	1030.
Busch Lüdensch	1255.	1275.	Orenst. Koppel	1145.	1185.
Caro	640.—	740.—	Phönix Bergw.	1340.	1390.
Chem. Griesh.	895.—	880.—	ReisholzPapier	615.—	575.—
Chem. Weiler	701.—	745.—	Rh. Braunk ohle	1485.	1550.
Chem. Ind. Gels.	2700.	2730.	Rh. Stahlwerke	—.—	—.—
ConcordiaBerg	—.—	1950.	Riebeck Mont.	1418.	1900.
Cons. Schalke	1900.	—.—	Romb. Hütte	575.—	618.—
Daimler-Mot.	455.—	495.50	Rütgerswerke	760.—	800.—
D.-Lux. Bergw	1175.	1200.	Sarottis Schok	1090.	1165.
Deutsche Erdöl	2600.	2575.	Siemens Halke	1150.	1150.
Deutsche Kali	2032.	2045.	Schuckert Co.	710.—	765.—
Deutsch. Masch	715.—	775.—	Schweim. Eisen	3090.	3110.
D. Schachtbau	2160.	2600.	Thale Eisen	—.—	—.—
Deutsch. Walz.	1600.	1675.	Westfalia Eis.	—.—	1950.
DittmannNeuh.	—.—	5675.	Westf. Drahtw	500.—	550.—
Dürkopp	645.—	670.—	Eis. u. Draht	595.—	650.—
Dynamit Nobel	715.—	783.—	Wicking Zem.	1050.	1150.
			Witt. Gusstahl	2690.	2450.
			Zellst. Waldhof	716.—	730.—

—* **„Reparations"-Kohlen-Verhandlungen in Paris.** Die Rh.-W. Ztg. meldet, daß die Verhandlungen über die Kohlenlieferungen Deutschlands und über die diesbezüglichen deutschen Vorschläge an die Reparationskommission in Paris am kommenden Montag beginnen werden.

—* **Der Ausweis der Reichsbank.** Wie der Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni ersehen läßt, sind diesmal die zum Halbjahrsschluß an der Reichsbank gestellten Ansprüche an Krediten und Zahlungsmitteln über jedes vorher erreichte Maß weit hinausgegangen. Die gesamte Kapitalsanlage der Bank ist um 18 955,2 Millionen Mark auf 191 244,1 Millionen Mk., die bankmäßige Deckung allein um 19 091,5 Millionen Mk. auf 190 877,5 Millionen Mk. angewachsen. 18,5 Milliarden Mk. dieser Steigerung entfallen auf die Zunahme der Schatzanweisungsbestände der Bank, die überwiegend auf den Rückgang der im freien Verkehr untergebrachten Schatzanweisungsbeträge zurückzuführen ist. Da die bei der Bank sowie bei den Reichsdarlehnskassen aufgenommenen Kreditbeträge zum Teil der Bank auf den Konten der fremden Gelder belassen blieben, zeigen diese einen Zugang um 7683,6 Millionen Mk. auf 37 173,7 Millionen Mk. An Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheinen wurden in der letzten Juni-Woche insgesamt 12 209 Millionen Mk. neu ausgegeben die letzte Höchstziffer — am Quartalsschluß Ende März des Jahres — hatte 8493,5 Millionen Mark betragen, in der vierten Juni-Woche der Jahre 1920 und 1921 beliefen sich die Abschnitte auf 2666,8 Millionen Mk. bezw. 3385 Millionen Mk. Im einzelnen hat sich in der Berichtswoche der Marknotenumlauf um 10 276,6 Millionen Mk. auf 169 211,8 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 932,4 Millionen Mk. auf 10 373,6 Millionen Mk. erhöht. Die Ansprüche an die Darlehnskassen waren ebenfalls beträchtlich. Der Darlehnsbestand ist um 4386,3 Millionen Mk. auf 25 082,8 Millionen Mk. gestiegen, so daß die Darlehnskassen einen dieser Zunahme entsprechenden Betrag an Darlehnskassenscheinen an die Reichsbank abzuführen hatten. Die Bestände der Bank an solchen Scheinen weisen daher unter Berücksichtigung der erwähnten abgeflossenen Summe eine Vermehrung auf 14 588,9 Millionen Mk. auf.

p. **Kölner Getreidebörse** vom 6. Juli. Infolge der hohen Devisenkurse konnte sich ein regelmäßiger Geschäftsverkehr nicht entwickeln. Amtliche Preisnotierungen wurden daher auch nicht vorgenommen.

p. **Essener Kuxenbörse** vom 6. Juli. Der Kohlenkuxenmarkt war recht fest. Die Kurse konnten weiter anziehen; es ist jedoch nicht zu verkennen, daß genügend Material auf den Markt kam. Das Geschäft in schweren Kohlenkuxen, die etwas fester lagen, blieb gering. Von mittleren Werten wurden Langenbrahm, Carolus Magnus und Viktoria, Kupferdreh, aus dem Markt genommen. Von linksrheinischen Werten waren Diergardt und Wilhelmine Mevissen höher. Auch in Kohlenaktien entwickelte sich zu steigenden Kursen lebhaftes Geschäft. Von Braunkohlenwerten stellten sich Zukunft-Aktien in den Vordergrund des Interesses; sie konnten etwa 100 Prozent gewinnen. Der Kali-Kuxenmarkt war durchweg gebessert bei lebhaftem Geschäft. Auch auf dem Markt für unnotierte Werte kam es zu größeren Umsätzen bei steigenden Preisen.

Commerz- u. Privat-Bank Akt.-Gesellsch.

Filiale Bochum, Wilhelmsplatz 10.

Telefon Nr. 3572—3575. Telegr.-Adr. Hanseatic.

Wir sind unter Vorbehalt für

Kohlenwerte

Name	Käufer	Verk.	Name	Käufer	Verk.
Adler-Aktion	525	—	Graf Schwerin	440000	480000
Admiral	91000	110000	Heinrich	140000	160000
Alte Haase	55000	60000	Helene & Amal.	—	—
Blankenburg	280	310	Joh. Deimelsb.	140000	170000
Carl Friedrich	245	275	König Ludwig	1 100 000	1 300 000
Caroline	77000	84000	Langenbrahm	265000	270000
Carolus Magn.	105000	112000	LothringenAkt	2660	2700
Constant. d. Gr.	800000	1 000 000	Mansfeld	—	—
Diergardt	136000	137000	Moers	75000	78000
Ewald	1 125 000	1 250 000	Oespel	—	—
Fr. Vog. u. Unv.	—	—	Schürb. & Charl	90000	98000
Fröhl. Morgens	—	—	ver. Trappe	54000	57000
Glückaufsegen	120000	125000	Trier	—	—
Gottessegen	90000	100000	Wilhelm. Mevis	120000	135000
Graf Bismarck	1 000 000	1 125 000			

Braunkohlenwerte

Bruckd.-Nietl.	140000	160000	Michel	165000	—
Düren	—	—	Oscarsegen	14000	15000
Gute Hoffnung	60000	70000	Vesta	101000	108000
Leonhardt	116000	118000	Zukunft Akt.	835	850

Kaliwerte

Alexandershall	155000	170000	Hüpstedt	67000	68000
Asse	107000	113000	Johannashall	43000	45000
Bergmannssegg	206000	215000	Kaiseroda	400000	450000
Burbach	410000	440000	Königshall	152000	168000
Carlsfund	75000	82000	Marie	20000	—
Carlshall	35000	38000	Marie-Luise	20000	—
Desdemona	92000	100000	Max	20000	—
Einigkeit	96000	—	Meimershaus.	10000	10400
Ellers	45000	—	Neurode	42000	46000
Felsenfest	67000	69000	Neustaßfurt	—	—
Friedrichroda	49000	50500	Oberhof	—	—
Fürstenhall	65000	68000	Prinz Eugen	—	—
Gebra	75000	79000	Ransbach	36000	39000
Glückauf-Sond	310000	335000	Reinhardsbrun	30500	33000
GroßhW. Ernst	57000	59000	Rothenberg	—	—
Günthershall	59000	62000	Salzmünde	80000	88000
Habighorst	39000	42000	Siegfried I	58000	62000
Hansa-Silberb.	96000	—	Siegfr. Giesen	140000	148000
Heiligenroda	95000	—	Thüringen	41000	42000
Heimboldsh.	175000	190000	Volkenroda	108000	110000
Herta	40000	43000	Walbeck	79000	84000
Heringen	53000	56000	Wilhelmshall	153000	160000
Hildasglück	—	—	Wintershall	1 375000	1 530 000
Hindenburg	145000	156000			

Kali-Aktien

AdlerStamm-A	1350	1360	Krügershall-A.	630	640
Hall. Kali-Akt.	1310	1325	Ronnenberg-A	2450	2550
Heldburg-Akt.	—	—	Salzdethfurt-A	—	—
Wittekind	—	—	Siegmunds A.	2350	—

unnotierte Werte

BeckStahlwAk	450	475	R. Wolf	860	890
Benz alte Akt	560	590	Halbach M.-A.	470	510
Benz junge Akt	—	—	Kabelw Rheydt	650	680
Brückb. Flend.	810	850	Ludwig Ganz	—	—
Deut. Masch-A	—	—	Lamb. & May	—	—
Dortm. Ritterbr	—	—	Rh.-W. Elekt-A	680	720
Elitewerke-A.	—	—	Uerd. Wag.-A.	—	—
Eis. Westfalia	—	—	R-W Schachtb	—	—

Offene Stellen

Für längere Zeit zur Aushilfe wird ein erfahrener

Buchhalter

gesucht. Gefl. Angebote unter Nr. 12329 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Hiesiges großes Werk sucht für sein Betriebsbüro einen tüchtigen

Beamten

der im Lohnrechnungswesen und den damit zusammenhängenden Arbeiten gründliche Erfahrungen besitzt. Ausführliche Anerbieten mit Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften, frühestem Eintrittstermin usw. unter Nr. 12307 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbeten.

Hiesige große Firma der **Detail-Textilbranche** sucht für bald oder 1. Okt. unter günstigen Bedingungen Sohn achtbarer Familie als

Lehrling.

Höhere Schulbildung Bedingung. Selbstgeschriebene Bewerbung unt. **L. W. 1064** an die Ann.-Exp. **Erlenkämper & Cie.**, Wilhelmsplatz 8.

Größere Bergwerksgesellschaft im Bochumer Bezirk sucht zum möglichst umgehenden Eintritt zur Unterstützung eines Abteilungsleiters einen

Herrn

nicht unter 20 Jahren. Dieser muß die Stenographie (mindestens 120 Silben in der Minute) beherrschen und die Schreibmaschine bedienen können. Herren mit höh. Schulbildung erhalten den Vorzug. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Eintrittstermin usw. unter Nr. **12356** an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **mehrere tüchtige, jüngere**

Drahtzieher

für Grobzug.

Kupfer- und Messingwerke Akt.-Ges. Langenberg-Rhld.

Bergwerksgesellschaft sucht zum baldigen Eintritt einen tüchtigen

Magazinverwalter

Bewerber, die bereits mehrere Jahre in einem Zechenmagazin tätig waren, werden bevorzugt. Angebote mit Zeugnisabschriften sind zu richten unter Nr. 12306 an die Geschäftsst. dies. Zeitung.

Junger Mann

für die Nachkalkulation sofort gesucht. Bewerber müssen technisch vorgebildet sein und über gute Materialkenntnisse verfügen.

Maschinenfabrik Fr. Gröppel, Bochum 5.

Für die Abteilung Sekretariat eines großen Hüttenwerkes wird zum baldigen Eintritt

ein kaufmännisch gebildeter

Beamter

im Alter von 19—25 Jahren gesucht. Bewerber müssen perfekte Stenographen sein und flott und sicher arbeiten können.

Angebote erbeten unter Nr. E. N. 1840 Kennwort „Sekretariat" an die

Ala, Haasenstein & Vogler, Essen, Selmastraße 18.

Eine mit Büroarbeiten vertraute

Kontoristin

die auch stenographieren und maschinenschreiben kann, von kaufm. Büro zum baldigen Eintritt gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Angabe der Konfession, der Gehaltsansprüche und des Eintrittstermins unter **Nr. 12267** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Hilfsarbeiter Schlosser

sucht

Monteur Hamann.

Zu melden bei Rietkötter, Gr. Beckstraße 7, von 3—5 Uhr.

Mehrere tüchtige

Werkzeugschlosser

(Maschinenschlosser) sofort gesucht.

Eduard Link, Bochum-Ebreufeld, Joachimstraße 15.

Auf sofort ein ordentl.

Kochlehrfräulein

ohne gegenseitige Vergütung gesucht.

G. Eichholz, Hattingen, Bahnhofshotel.

Jüngeres Mädchen

zum Bügeln gesucht.

Wäscherei P. Rovers, Ottostraße 77a.

Fleißiges, ehrliches

Stubenmädchen

das bügeln kann, nicht unter 18 Jahren, sucht zum 15. Juli

Frau Heinemann, Beraustraße 115.

Halbtagsmädchen sofort gesucht. Weberei, Wattenscheid, Bergstraße 33.

Durch das

Städtische Arbeitsamt Bochum

Trankgasse 7, Eingang E (Telefon: Stadtzentrale werden Arbeitnehmer für alle Berufsarten vermittelt.

Junges

Mädchen

zu Kindern und für leichte Hausarbeit sucht

Frau Eckert, Laer, Wittenerstr. 26.

Fuhrleute

zur Abfuhr von etwa 15 Waggon Grubenholz an der Waldung des Herrn Gutsbesitzers Bernsau, Querenburg bei Bochum gesucht. Angebote erbitten

W. Dölken & Co., G. m. b. H. Abtlg. Grubenholz, Werden-Ruhr.

Stellengesuche

Alleinstehende Frau sucht Stellung in frauenlosem Haushalt.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Gel. Metzger, 40 Jahre, nationaler Gel., zuverlässig sucht Stellung auf Werk oder Zeche als

Kassenbote,

Bürobote oder sonstigen Posten. Wenn mögl. mit Wohnung. Gefl. Off. unt. Nr. 12308 a. d. Gesch. d. Z.

Kaufgesuche

Wir suchen sofort

Grundstücke

jeder Art, Landhäuser, Villen, Hotels, Stadtgrundstücke usw. für kapitalkr. Kaufsuchende bei jed. Anzahl. evtl. voller Auszahlung.

Dt. Landwirtschaftsbank Berlin N. 24.

Ein- bis Zweifamilienhaus

Bochum-Riemke oder Herne zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. **6040** an Ann.-Exped. **Bockau & Freese, Bochum.**

Eine guterhaltene Nähmaschine zu kauf. gesucht. Ang. m. Preisang. erbet. unt. Nr. 12310 a. d. Gesch. dieser Zeitung.

Verkäufe

Schönes Etagen-Haus

m. all. Bequemlicht. verk. an schnell entschl. Käufer verk.

Kraft, Kortenpfad 3.

Kartoffeln

garantiert gesunde, gutkochende, schöne Ware, von Mk. 260.— ab.

Max Salewsky, Bochum, Brückstraße 11.

Gutes, neues, trockenes

Wiesenheu

kauft laufend

A. Barenberg, Bochum.

Schuhmacher-Kolibri-Maschine,

gut nähend, billig zu verkaufen. **F. Nengelken**

Keine Milchnot mehr!

Saanenziegen viel Milch nebenbei Tiere versendet unter Garantie

Rob. Kettschau, Warburg i. Westf.